



Verband der Lehrer
an beruflichen Schulen
in Bayern e.V.

akzente

Berufliche Bildung
in Bayern

Unsere Themen

Bayerischer Ministerrat
beschließt „Fit for work“

BBB-Hauptausschuss tagte

40 Jahre technisches
Lehramt an beruflichen
Schulen in Bayern

ISB stellt Grundsatz-
abteilung vor

Schüler-Schüler-Interaktion
im SoLe-Unterricht

Religiöse Bildung – beruflich
relevant?

*ARGE-alp-
Berufsbildung 2004*



*Aktuelles
aus den
Mitglieds-
ländern ...*



*... Arbeitszeit-
modelle ...*



*... und
die Novel-
lierung
des BBiG.*

HERAUSGEBER

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender,
Verband der Lehrer an
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)
VLB Verlag e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43
Internet: www.vlb-bayern.de
e-mail: info@vlb-bayern.de

REDAKTION

Peter Thiel
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn
Telefon: (09 31) 70 76 91
Telefax: (09 31) 70 76 91
e-mail: p.thiel@freenet.de
Martin Ruf
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg
Telefon: (09 31) 66 14 15
Telefax: (09 31) 6 60 72 91
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.
Dachauer Straße 4, 80335 München
Telefon: (0 89) 59 52 70
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

GESTALTUNG

Gunter Czerny
Im Graben 6, 97204 Höchberg
Telefon: (09 31) 4 52 09 90
Telefax: (09 31) 4 52 75 98
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

DRUCK

Helmut Preußler-Verlag
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg
Telefon: (09 11) 9 54 78-0
Telefax: (09 11) 54 24 86

ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind
urheberrechtlich geschützt.
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit
Genehmigung der Redaktion.

MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung
durch die Redaktion als angenommen.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht
mit der Meinung des Herausgebers und
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-
tationsdienst der Ständigen Konferenz der
Kultusminister der Länder, im Dokumen-
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK
und im Dokumentationsring DOPAED
bibliographisch nachgewiesen.

REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 08-09: 2004-07-12
für Heft 10: 2004-09-13
für Heft 11: 2004-10-04

ISSN 0942 – 6930

Themen des Tages

- 3 arge-alp-Berufsbildung

Bildungspolitik

- 4 Peter Thiel / Hans Preissl: arge-alp-Berufsbildung tagte auf der Fraueninsel
9 Der Ministerrat beschließt: „Fit for work“ – Berufschancen 2004
10 SPD-Pressemitteilung zur Ausbildungssituation
11 VLB besucht neuen Referenten für FOS und BOS
11 Club of Rome fördert neuen Schultyp

Dienstrecht

- 12 Hermann Sauerwein: BBB-Hauptausschuss tagte in München
13 Pressemitteilungen von DBB und CSU-Landtagsfraktion
13 Dringlichkeitsanträge der SPD-Landtagsfraktion

Lehrerbildung

- 15 Walter Demmel: 40 Jahre technisches Lehramt an beruflichen Schulen
18 Arnulf Zöllner: Die Grundsatzabteilung des ISB

Pädagogik und Unterricht

- 20 J. Seifried / D. Sembill: Lösen Schüler beim SoLe Probleme?

Aus dem Verbandsleben

Landesverband

- 22 Fachgruppen und Arbeitskreise – unentbehrlicher Bestandteil
des Verbandslebens

Bezirks- und Kreisverbände

- 23 BV Oberbayern, KV Obb.-Nordwest und Südwest; KV Niederbayer-Ost,
KV Donau-Wald, KV Bamberg/Forchheim

Fachgruppen

- 27 FG Religion, AK FOS/BOS, FG Hauswirtschaft, FG Handelsberufe

Senioren

- 30 Berthold Schulter: Aktuelles für Senioren

Personalien

- 31 Ute Finder: Berufsschule K in Rummelsberg

Institutionen

- 32 Ute Finder: Berufsschule K in Rummelsberg

Termine

- 34 Staatliche Bauförderung möglich

Umschau

Vermischtes

Bücher/Medien

- 38 Neues vom Buchmarkt

Titelfotos: Peter Thiel.

Oben links Wolfgang Lambl (VLB), oben rechts MD Josef Erhard und Hermann Sauerwein (VLB),
unten links Alfons Ziller (BLBS/VLB), rechts MR Dr. Jutta Scherg.



... steht für die Arbeitsgemeinschaft deutschsprachiger alpenländischer Berufsschullehrerorganisationen. Weil die Alpenländer in der beruflichen Bildung vergleichbare Strukturen aufweisen, schlossen sich deren Fachorganisationen vor nunmehr 19 Jahren zu der genannten Arbeitsgemeinschaft zusammen. Zentrales Anliegen der arge ist es, die Möglichkeit zum „Blick über den Zaun“ zu bieten. Wenngleich die Bildungsstrukturen und die damit verbundenen Probleme ähnlich gelagert sind, gelangt man in den Mitgliedsländern doch zu unterschiedlichen Lösungen und kann voneinander lernen. Im Klartext: Die arge-alp-Berufsbildung wirkt dem verhängnisvollen Tunnelblick entgegen und weitet den Horizont.

Gegründet wurde die Gemeinschaft im Jahre 1985 auf Initiative des VBB (eines der beiden Altverbände des VLB) in München. Als Gründerväter firmieren Othmar Doleschal, damals VBB-Landesvorsitzender, Dr. Karl Kuppelwieser, ehemals Landesschulinspektor in Bozen und Christian Obrecht, einst Präsident des schweizerischen Zentralverbandes für Berufsbildung. Scherzhaft forderte man seinerzeit als Bedingung für die Aufnahme weiterer Mitglieder in die Gemeinschaft das Vorhandensein mindestens eines Zweitausenders. Damit hatte das „Musterlände“ freilich seine Schwierigkeiten, als es anklopfte. Die Gründerväter zeigten sich offener, woll-

ten auf den liberalen Geist und den Sachverstand der Südweststaatler nicht verzichten und drückten ein Auge zu. Doch Scherz beiseite.

Auch Österreich trat der Gemeinschaft etwas später bei und brachte seine Besonderheit ein. In der Alpenrepublik nämlich gibt es keinen berufspädagogischen Fachverband à la VLB. Die Lehrer beruflicher Schulen sind zusammen mit Lehrern anderer Schularten in mehreren Einrichtungen der politischen Parteien organisiert, so dass ein eindeutiger Ansprechpartner schwer auszumachen ist. Das Land wird somit in der arge-alp-Berufsbildung mehrheitlich von Vertretern der Schulaufsicht repräsentiert, was der Sache jedoch keinen Abbruch tut, im Gegenteil: je mehr Perspektiven desto besser.

Die Gemeinsamkeiten der arge-alp-Länder in Sachen beruflich Bildung bestehen u. a. in einer gewissen Priorität des dualen Systems, im Vorhandensein ergänzender und weiterführender beruflicher Vollzeitschulen, in der Durchlässigkeit zum Hochschulbereich sowie in der Kooperation mit der Wirtschaft.

Unterschiede gibt es im Bereich der Lehrerbildung, bei der Bezahlung der Lehrkräfte oder bei der Pflege gewisser föderativer Exklusivitäten, die besonders bei den Eidgenossen so manche Blüten treiben. Eine der Schweizer Eigenarten ist beispielsweise, dass man dort von Lektionen spricht, während

dies in den anderen Ländern Unterrichtsstunden heißt.

Bei der Ausrichtung der arge-alp-Treffen gilt das Rotationsprinzip. In diesem Jahr war Bayern Gastgeber, 2005 wird es – mit dem Jubiläum zum 20-jährigen Bestehen der arge-alp-Berufsbildung – Österreich sein. Die Teilnehmer sind vielfach die selben, was der Kontinuität dient. Freilich gibt es zur „Blutaufrichtung“ auch mal neue Gesichter, so in diesem Jahr beispielsweise bei der Schweizer Delegation. Deren Zentralverband hat sich im letzten Jahr an der Spitze nahezu vollständig erneuert.

Bei den Arbeitstagen – um solche handelt es sich, auch wenn Sonne und Natur mitunter zu anderen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung animieren – geht es wie gesagt um aktuelle Fragen der Bildungspolitik und des Dienstrechts. Im letzten Jahr lag der Arbeitsschwerpunkt beispielsweise beim Thema „Benachteiligte in der beruflichen Bildung“, heuer war es u.a. die Lehrerarbeitszeit. Ob in Innsbruck, Bozen, Zürich, Stuttgart oder München, die Lehrer beruflicher Schulen sind arg gebeutelt und weitaus mehr im Einsatz als jede andere vergleichbare Arbeitnehmergruppe. Wenn die arge-alp-Berufsbildung auch keine bindenden Beschlüsse fasst, so gibt sie doch vielfach Anregungen für die bildungs- und standespolitische Weiterarbeit im eigenen Land und unterstreicht die Erkenntnis: „Geteiltes Leid ist halbes Leid“. -pth-

arge-alp-Berufsbildung tagte auf der Fraueninsel:

„Die Probleme sind nahezu deckungsgleich“

PETER THIEL / HANS PREISSL

Nicht alle verbrachten den ersten Mai im Grünen. Manche demonstrierten, andere nutzten ihn zu „Terminen“, die sich anders nicht unterbringen liessen. Zu Letztgenannten gehörten auch die rund zwei Dutzend Schulfachleute, die vom 30. April bis 2. Mai auf der Frau-

die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes.

Gutem Brauche folgend gaben die Repräsentanten der fünf arge-alp-Länder zunächst Statements zur jeweiligen Lage, wobei sich die Probleme als durchaus vergleichbar erwiesen. Den Anfang machte Bayern; der gastgebende VLB hatte dazu MD Jo-

bracht“, erklärte Erhard und verwies auf die sonstigen beruflichen Bildungsmöglichkeiten. Der Übergang von der Schule ins Berufsleben gelinge am besten mit dem dualen System, das werde auch in der OECD anerkannt. „Leider aber verweigert uns die Wirtschaft derzeit die Gefolgschaft“, stellte MD Erhard fest und wies darauf hin, dass bundesweit nur noch 50 % – in Bayern immerhin noch 60 % – der Auszubildenden dual ausbilden. Der Freistaat benötige aber auch mehr Ausbildungsplätze, weil er als Zuwanderungsland für junge Leute aus dem Osten und den neuen Bundesländern gelte. Die Situation in der beruflichen Bildung sei generell „nicht rosig“, sagte der Referent. Einerseits tendiere die Wirtschaft bei der Ausbildung immer mehr zur Spezialisierung, andererseits beklage sie an beruflichen Schulen einen Mangel an Fachklassen und beharre gleichzeitig auf einer möglichst wohnortnahen Beschulung.

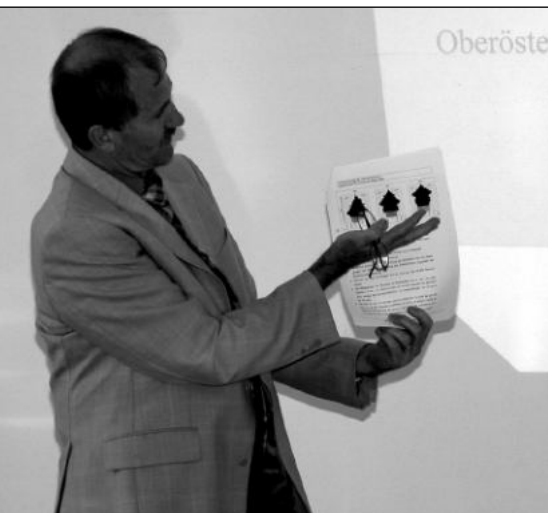
„Sparbeschlüsse führen nicht zur Verbesserung des Unterrichts“

Für die Neuordnung der Berufe forderte der Referent mehr zeitlichen Vorlauf und eine intensivere Kooperation der Beteiligten. Für schwächere Schüler seien theorieentlastete Berufe nötig, wobei schulische Ausbildungsgänge auf die Gesamtdauer der Ausbildung angerechnet werden müssen, eine Forderung, die sich übrigens wie ein roter Faden durch die gesamte Veranstaltung zog. Der Wert der Fremdsprachen in der beruflichen Bildung sei allgemein erkannt, sagte Erhard, in immer mehr Ausbildungsbereichen gebe es inzwischen entsprechenden Unterricht.

Als einen „schweren Prozess“ bezeichnete Erhard die Schaffung von Kompetenzzentren, ein Prozess, der häufig durch Eigennutz und Prestigedenken belastet werde. Die aktuelle Haushaltspolitik des Freistaats bewirke, dass im Schulbereich rund 2 100 Planstellen und somit ca. 100 Millionen Euro eingespart würden, wobei mit den beruflichen Schulen aber sehr pfleglich umgegangen werde: Nach Reduzierung von 40 Stellen verblei-



„Man fragt sich, ob die duale Ausbildung noch marktkonform ist.“ BLBS-Vorsitzender Günter Besenfelder (links) und VLB-Vize Hans Käfler.



„Die Wirtschaft wirbt wieder um Lehrlinge“. Schulinspektor Kurt Stockinger, Linz.

insel im Chiemsee zusammenkommen um unter dem Markenzeichen arge-alp-Berufsbildung aktuelle Fragen der beruflichen Bildung zu besprechen. Themenschwerpunkte waren dabei Arbeitszeitmodelle für Lehrer und

sef Erhard eingeladen, den ranghöchsten Beamten am Salvatorplatz (siehe Titelbild).

„Die Wirtschaft verweigert die Gefolgschaft“

Erhard bezeichnete den beruflichen Bereich als den kompliziertesten der Bildungsbranche. Einzelheiten seien „draußen“ viel zu wenig bekannt. Wenn auf OECD-Ebene ein hoher Prozentsatz an Abiturienten und Hochschulabsolventen verlangt werde, liege Bayern nicht im Trend. Mit einer Quote von rund 40 % Hochschulzugangsberechtigten (20 % übers Gymnasium und ca. 20 % über berufliche Schulen) gerate der Freistaat geradezu in den Ruf eines Entwicklungslandes. „Das Bild aber täuscht, es wird in der Öffentlichkeit falsch rüberge-

ben ihnen noch immer 180 neue Planstellen. Unterm Strich können sie für den Herbst mit rund 320 Einstellungen rechnen. „Generell aber führen die Sparbeschlüsse nicht zur Verbesserung des Unterrichts“, räumte der Referent ein.

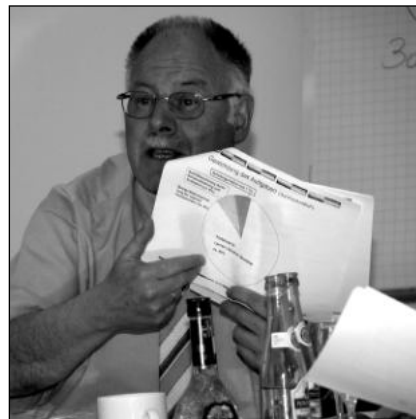
Ist die duale Ausbildung noch marktkonform?

Nicht nur die Rezession führe zu dem eklatanten Mangel an Ausbildungsplätzen, sondern auch die Verlagerung der Produktion ins Ausland, ergänzte Günter Besenfelder, Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrer an berufli-

chen Schulungen (BLBS). Die Betriebe arbeiten z. T. globalisiert, die verantwortlichen Manager haben wenig Bezug zum dualen System. Auf der anderen Seite werde die duale Ausbildung von den Jugendlichen immer stärker hinterfragt, so dass durchaus nicht mehr alle Plätze besetzt werden. „Man fragt sich inzwischen wirklich, ob die duale Ausbildung noch marktkonform ist“, meinte der Bundesvorsitzende.



Intensive Diskussion über berufliche Vollzeitmaßnahmen in der Schweiz. Patrick Danhieux (Basel).



„34 Prozent der Abiturienten Baden Württembergs kommen über das berufliche Gymnasium.“ BLBS-Landesvorsitzender Rolf Dörflinger (Bruchsal).

Darin werde vorrangig Schulpraktisches vermittelt, weniger Bildungspolitisches.

Die Uni Fribourg beschäftige sich gegenwärtig mit der Formulierung professioneller Standards für die Lehrer beruflicher Schulen. Aktuell in der Schweiz sei nach wie vor die Diskussion über den Umgang mit förderbedürftigen Jugendlichen. Das novellierte Berufsbildungsgesetz befinde sich in der Phase der Umsetzung, die rund 300 Bildungsverordnungen stehen zur Korrektur an, wobei der Schweizer Zentralverband nachdrücklich zur Mitarbeit aufgefordert sei, sagte Dan-



„Die Gleichwertigkeit von Schule und Lehre, ein aktuelles Thema in Südtirol.“ Links Dr. Günther Andergassen, daneben Dr. Peter Duregger (beide Bozen).

chen Schulen (BLBS). Die Betriebe arbeiten z. T. globalisiert, die verantwortlichen Manager haben wenig Bezug zum dualen System. Auf der anderen Seite werde die duale Ausbildung von den Jugendlichen immer stärker hinterfragt, so dass durchaus nicht mehr alle Plätze besetzt werden. „Man fragt sich inzwischen wirklich, ob die duale Ausbildung noch marktkonform ist“, meinte der Bundesvorsitzende.

In Österreich wirbt die Wirtschaft bereits wieder

Wie gesagt, die Probleme in den alpenländischen Ländern sind vergleichbar. In Österreich beispielsweise sei die Anzahl der Lehrberufe von 270 auf rund 100 reduziert worden, erklärte Schulin-spektor Kurt Stockinger (Linz). Dabei habe man sich für den Einsatz

die aus persönlichen Gründen eine Lehrstelle nicht finden konnten. Generell soll die Attraktivität des dualen Systems gesteigert werden, indem man Schnittstellen hin zu weiteren Bildungsgängen schafft. In einem Punkt ist Österreich offenbar eine Nasenlänge voraus: „Die Wirtschaft wirbt wieder um Lehrlinge, nachdem sie sich zuvor in Sachen Ausbildung rar gemacht hatte“, erklärte Stockinger und verwies auf einen deutlich spürbaren Fachkräftemangel zwischen Bregenz und Wien.

Die Eidgenossen diskutieren über beruflichen Vollzeitmaßnahmen

Von einem Newsletter des Schweizer Zentralverbandes Berufsbildung berichtete Patrick Danhieux (Basel).

hieux. Im Übrigen diskutieren die Eidgenossen derzeit intensiv über berufliche Vollzeitmaßnahmen und damit an der dualen Ausbildung vorbei. Der Weg zur Fachhochschule soll über schulische Bildungsgänge geebnet werden. Mit einem Zusatzjahr könne die Berufsmaturität zur Hochschulreife erweitert werden.

Südlich des Brenner: Mindeststandards für die Lehrlingsausbildung

Mit einer Schulreform sollen die jungen Menschen der autonomen Provinz Bozen-Südtirol sowohl das Recht als auch die Pflicht zur Bildung erhalten, erklärte Dr. Peter Duregger, Abteilungsdirektor für deutsche und ladinische Berufsbildung in Bozen. Von der Industrie besonders angenommen



Angereist aus der Schweiz: Dr. Christoph Thomann Zürich, Patrick Danhieux Basel, Peter Ganz St. Gallen (von links). Nicht auf dem Foto Christian Léchenne (Fribourg).

sei eine neue Form der Lehre für junge Menschen, welche bereits eine abgeschlossene Ausbildung hinter sich haben. Über die Lehre sei jetzt auch ein Hochschulstudium möglich. Intensiv diskutiert in der autonomen Provinz werde das Thema „Gleichwertigkeit von Schule und Lehre“, wobei auch für die Lehrlingsausbildung Mindeststandards vorgesehen seien. Die Dauer der Lehre könne in Südtirol bis zu 5 Jahre betragen, wobei der schulische Anteil auf drei Jahre beschränkt sei. Dies müsse zwangsläufig zu Komplikationen bei der Abschlussprüfung führen, sagte Duregger. Im Übrigen sei man in Südtirol fest entschlossen, die Chancen der Bildungsautonomie voll auszureizen.

Pilotprojekt im „Musterländle“

Schließlich noch ein Blick auf den Südweststaat: 34 % der Abiturienten Baden-Württembergs kommen über das berufliche Gymnasium, erklärte BLBS/BW-Vorsitzender Rolf Dörflinger (Bruchsal). Die sog. Toska-Studie bescheinige den Absolventen technischer Gymnasien ein durchschnittlich besseres Abschneiden als denen des allgemeinen Gymnasiums, sagte Dörflinger. Angestrebt in Baden-Württemberg werde eine engere Verzahnung von Teilzeitschulen und Vollzeitschulen. Der Lehre vorgeschaltet

seien ein- bis zweijährigen Vollzeitmaßnahmen.

Durch einen Schulversuch werde derzeit an 15 Standorten des Bundeslandes getestet, welche Eigenständigkeit berufliche Schulen haben können. Diese Pilotschulen erarbeiten eigene Leitbilder, evaluieren intern, greifen aber auch auf externe Evaluation zurück. Nach einer Frist von 5 Jahren sollen alle 300 berufliche Schulen im Lande von den Erfahrungen der Modellschulen profitieren. Reformbestrebungen zur „Verschlankung“ der Verwaltung bergen die Gefahr, dass sich die pädagogische Betreuung im Lande verschlechtere, erklärte Dörflinger.

Arbeitszeitmodelle

Die Lehrerarbeitszeit war, wie gesagt, eines der Schwerpunktthemen auf der Fraueninsel. Wie also ist sie zukünftig zeitgemäß zu regeln? So lautete die zentrale Frage. BLBS-Dienstrechtsexperte Alfons Ziller führte in einem Impulsreferat vor allem in die juristische Seite des komplexen Themas ein (siehe Titelbild).

Die Arbeit in den Schulen, so Ziller, habe sich strukturell verändert. Art und Umfang des pädagogischen Auftrags seien beträchtlich ausgedehnt worden: Vom Familienersatz über Prävention und Integration zu Schlüsselqualifikationen und vernetzendem Denken reiche die Palette der Erwartungshaltung von Eltern, Wirtschaft und Politik.

Die außerunterrichtlichen Aufgaben haben erheblich zugenommen. Hintergrundarbeiten für den Unterricht, die Sicherung der Unterrichtsqualität, individuelle Beratung, soziale Betreuung, Aktivitäten im Schulleben, die Organisation und die Innovation von Schule nehmen einen größeren Teil der Arbeitszeit in Anspruch.

In den beruflichen Schulen seien aufgrund der Komplexität der Systeme zusätzliche Arbeiten im Rahmen der Lernortkooperation mit Betrieben, Kammern, Institutionen und Verbänden zu leisten. Der Paradigmenwechsel in der Berufspädagogik – Stichwort Lernfeldkonzept – lasse beruflichen Schulen Handlungsspielräume, die allerdings zusätzlich erhebliche Arbeitskraft binden.

Die Sache mit den „faulen Säcken“

Die Komplexität des pädagogischen Arbeitsauftrags werde durch das bisherige Pflichtstundenmodell längst nicht mehr adäquat abgebildet. Damit bleibe auch der Blick der Öffentlichkeit auf die Unterrichtsstunden fixiert, die je nach Schulform und -stufe nur noch etwa 40 % der tatsächlichen Arbeitszeit eines Lehrers in Anspruch nimmt.

Das Pflichtstundenmodell sei somit nicht geeignet, die Arbeitszeit von Lehrkräften nachzuvollziehen und für die Öffentlichkeit transparent darzustellen. Das Ansehen der Lehrer sinke und gipfele in der Verfestigung des Vorurteils, sie seien „faule Säcke“.

Lehrer arbeiten deutlich mehr ...

Die Notwendigkeit der Einführung eines Arbeitszeitmodells, das eine individuelle und differenzierte Betrachtung der Arbeitsbelastung erlaubt, scheint unumstritten, sagte Ziller. Einer exakten Untersuchung der Lehrerarbeitszeit verweigern sich alle zuständigen Ministerien, möglicherweise aus gutem Grund, wie der Referent vermutet: Alle bisherigen Untersuchungen zur Erfassung der Lehrerarbeitszeit kämen unabhängig davon, von wem sie in Auftrag gegeben wurden, zu dem übereinstimmenden Ergebnis: Lehrer arbeiten im Schnitt

deutlich mehr als vergleichbare Arbeitnehmer. VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein untermauerte das mit konkreten Zahlen. „Ein Industriearbeiter kommt in Deutschland auf 1 440 Jahresarbeitsstunden, ein Berufsschullehrer bringt es auf über 2 000 Stunden.“

Zum wievielten Male Studie zur Lehrerbelastung gefordert?

Es scheint unumstritten, dass sich die hohe und kontinuierlich gestiegene Arbeitsbelastung in einem Arbeitszeitmodell widerspiegeln muss, das eine individuelle und differenzierte Betrachtung der Arbeitsbelastung erlaubt. Ziller stellte diese Notwendigkeit vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Rechtsprechungs-Praxis dar. Lehrer stünden traditionsgebunden unter dem Beamtenrecht. Nach herrschender Rechtsauffassung entsprechen ihre Gesamtarbeitszeit den Festlegungen im öffentlichen Dienst. Regelmäßig gingen Auseinandersetzungen vor Gerichten um die Zulässigkeit von Pflichtstundenerhöhungen zum Nachteil der Lehrkräfte aus. Gerichte zögen sich nämlich auf den Standpunkt zurück, dass der nichtunterrichtliche Aufgabenbereich nur grob und pauschal geschätzt werden könne. Sachverständigengutachten halten solche Schätzungen für ungeeignet, die tatsächliche Lehrerbelastung festzustellen. So könnten Dienstherren den „nach oben offenen“ pädagogischen Auftrag dazu missbrauchen seit Jahren problemlos Pflichtstundenerhöhungen zu oktroyieren.

Die bisherigen Modellvarianten werden aber – so der Referent – der tatsächlichen Arbeitsbelastung nicht gerecht. Ein seriöses Arbeitszeitmodell müsse zunächst zuverlässig untersuchen, wieviel Zeit Lehrer für ihre Arbeit wirklich brauchen. Die Verbände forderten seit Jahren eine arbeitswissenschaftlich orientierte empirische Arbeitsplatzanalyse und Arbeitsbelastungsstudie für Lehrer. Erst wenn diese auf dem Tische liege, können Faktoren so bestimmt werden, dass Arbeitszeitwerte für eine qualitativ anspruchsvolle Erfüllung der Aufgaben ausreichen.

Die österreichischen Gäste von links: Dr. Johann Lettenbichler (Innsbruck), Kurt Stockinger (Linz), Karl-Hermann Benzer (Bregenz). Nicht auf dem Foto: Albert Arzt (Wien).



Akkordarbeitern gleichgesetzt

Hier setzte unisono die Kritik aller arge alp-Delegationen ein: Das Dilemma bestehe in der sog. Faktorisierung, also der zeitlichen Bewertung der komplexen Tätigkeitsfelder.

Die neuen Arbeitszeitmodelle richteten sich eben nicht nach Untersuchungen, wie viel Zeit Lehrer für ihre Arbeit brauchen, sondern danach, wie viele Lehrerstellen zur Verfügung gestellt werden: Die Zeitwerte sind nicht empirisch abgesichert, sondern normativ gesetzt.

Die österreichische Lehrergewerkschaft sieht deshalb in den Jahresarbeitszeitmodellen ein reines Instrument von Kosteneinsparung, Arbeitszeitverlängerung und Personalabbau. Bestenfalls würden im Rahmen von Nullsummenspielen die Entlastungen für einzelne Lehrergruppen durch Belastungen anderer ausgeglichen.

Die Hamburger Erfahrungen bestätigen diese Befürchtungen: Dort orientiert sich die zeitliche Voluminaberechnung an den finanziellen Möglichkeiten. VLB-Vize Wolfgang Lambl (gleichzeitig HPR am bayerischen KM) sieht in dem Modell eine Arbeitsplatzbeschreibung, bei der die Zeiten nicht stimmen. „Lehrer werden mit Akkordarbeitern gleichgesetzt“, sage er. Woher soll aber ein Stoppuhr-Lehrer Zeit und Kraft nehmen für Innovation und pädagogisches Engagement?

Die arge alp-Delegationen sind sich einig, dass jedes Arbeitszeitmodell,

das mit Phantomwerten arbeitet, die beliebig nach fiskalischen Gesichtspunkten angepasst werden können, abzulehnen ist. BLBS-Landesvorsitzender Rolf Dörflinger präsentierte einige Eckpunkte, die ein gerechtes Arbeitszeitmodell zu erfüllen habe:

- Die Lehrerarbeitszeit darf nicht höher sein als die Arbeitszeit der Beamten.
- Arbeitsmedizinische Erkenntnisse besonders über die psychomentalen Belastungen der Lehrer sind einzubeziehen.
- Belastungen aufgrund neuer Formen des Lernens, Lehrens und Erziehens sind angemessen zu berücksichtigen.
- Ein Arbeitszeitmodell muss transparent, praktikabel und flexibel sein.
- Die Qualität des Unterrichts hat Vorrang vor dem Grundsatz der Ressourcenneutralität.

„Niemand weiß, wie teuer Sparen ist“

„In einer Zeit leerer Kassen gilt es hier besonders wachsam zu sein“, sagte Dörflinger. Gebetsmühlenartig legitimieren Politiker Sparwünsche im Bildungsbereich mit ökonomischen Zwängen. Ein Arbeitszeitmodell darf keinesfalls zur Manövriermasse für Haushaltsdefizite verkommen. Patrick Danhieux (Basel) jedenfalls meinte, auf die Unterstützung seines Erziehungsministers zählen zu können. Dieser nämlich habe weitbli-

ckend festgestellt: „Niemand weiß, wie teuer das Sparen zu stehen kommt!“

Exkurs zum BBiG

Das Berufsbildungsgesetz, in der bestehenden Fassung 1969 durch die große Koalition geschaffen, ist eigentlich ein Torso. Es regelt nur die betriebliche Seite der Ausbildung und macht zur dualen Partnerschaft – zu den Aufgaben der Länder und deren beruflichen Schulen also – keine Aussagen. Bei der Entstehung des Gesetzes gerieten die Koalitionsparteien seinerzeit unter Zeitdruck und wurden vom Wahlkampf 1972 überrollt. Der zweite Teil des Gesetzes – die Regelung der dualen Partnerschaft – blieb liegen, sollte in der nächstfolgenden Legislaturperiode erledigt werden. Doch der Wind hatte gedreht, die sozialliberale Koalition regierte und schob die Vervollständigung des Gesetzeswerkes vor sich her. Auch die Folgereregierungen gingen dem „heißen Eisen“ aus dem Weg. Jetzt aber ist die Lösung nicht hinausschiebbar.

Bundesministerin Bulmahn hatte so die Novelle für Anfang 2005 angekündigt. „Doch bislang liegt noch kein konkreter Gesetzesentwurf der Regierung vor“, sagte Jutta Scherg, Ministerialrätin im bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus (siehe Titel), als sie vor den arge-alp-Delegationen über den aktuellen Stand in Sachen BBiG referierte.

Die duale Ausbildung attraktiver gestalten

Seit 1993 stelle man in der beruflichen Bildung eine deutliche Verlagerung hin zu schulischen Maßnahmen und weg vom dualen System fest, erklärte MR Dr. Scherg. Die Novellierung des BBiG müsse diesem Trend Rechnung tragen, ihm entgegenwirken und die Grundlagen dafür schaffen, dass die duale Ausbildung wieder attraktiver werde.

Zur Zeit liegen drei Papiere zur Novellierung des BBiG auf dem Tisch:

1. Das Eckwertepapier des Bundesbildungsministeriums vom Februar 2004,

2. ein Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Bundtagsfraktion mit Datum 30. März 2004 sowie

3. ein Forderungskatalog der Ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) mit Datum 4. 12. 2003.

Ohne die Papiere auf Einzelheiten hin durchleuchten zu wollen – dafür sind sie viel zu umfangreich – kann man feststellen, dass sie allesamt dem schulischen Part der Berufsausbildung eine gebührende Gewichtung geben. Dies kommt u. a. zum Ausdruck in Forderungen nach

- entsprechender Lernortkooperation, nach dem Stimmrecht der Berufsschulvertretungen in den regionalen Berufsbildungsausschüssen,
- dem Einfließen schulischer Leistungen in die Prüfungsergebnisse,
- der Zulassung von Absolventen beruflicher Vollzeitmaßnahmen zu den Kammerprüfungen oder der Forderung nach Anrechnung von Vollzeitmaßnahmen auf die Ausbildungsdauer.

Stellenweise gehe der Gesetzesentwurf der CDU/CSU-Fraktion über das Eckwertepapier des Bundesbildungsministeriumshinaus, sagte MR Dr. Scherg, z. B. beim Punkt „Internationalisierung der Ausbildung“. Gefordert werde da u. a. eine Anrechnung im Ausland absolvierter Ausbildungsabschnitte. Bemerkenswert am Katalog der KMK sei dessen Punkt 6, der die Überschrift trägt: Schluss mit der Überspezialisierung in der dualen Berufsausbildung.

BLBS-Papier als Vorlage

BLBS-Vorsitzender Günter Besenfelder wies auf das Thesenpapier hin, das sein Verband – zusammen mit dem VLW – aufgelegt hat. „Dies ist nahezu deckungsgleich mit dem KMK-Papier“, sagte er. Die KMK habe viele Passagen daraus übernommen. Gleichzeitig erhielt das KMK-Papier die Zustimmung aller Bundesländer. Besenfelder fasste die Kernforderungen für die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes nochmals zusammen:

- Die Mitbestimmung der Bundesländer in Ordnungsfragen, also bei

der Erstellung von Berufsbildern oder der Schaffung neuer Berufe.

- Die Anrechnung bzw. Anerkennung vollschulischer Bildungsgänge im Rahmen der dualen Ausbildung. Vielfach lernen junge Leute heute vier bis fünf Jahre, weil ihnen die Anrechnung versagt bleibt – im Hinblick auf die Verkürzung der Gymnasialzeit ein geradezu paradoxes Phänomen.
- Die Berücksichtigung berufsschulischer Leistungen im Rahmen der Abschlussprüfungen. Hier empfehlen VLB, BLBS und andere Fachverbände eine integrative Lösung, während das Oppositionsmodell beispielsweise von zwei separaten Zertifikaten ausgeht.
- Erweiterung der Aufgabenspektren regionaler Berufsbildungsausschüsse.
- Internationalisierung der Ausbildung.

Epilog

„Die Probleme in den arge-alp-Ländern sind nahezu gleich“, sagte VLB-Vorsitzender Hermann Sauerwein am Schluss dieser äußerst effektiven Tagung auf der Fraueninsel. „Die Lösungsmöglichkeiten aber zeigen sich vielgestaltig, das haben unser Gespräche bewiesen“. Der von der arge-alp gewollte „Blick über den Zaun“ habe sich wieder einmal als sehr fruchtbar erwiesen. Viel Lob erhielt der VLB-Landesvorsitzende nicht nur für den reibungslosen Ablauf der Veranstaltung, sondern auch für die Auswahl des Tagungsortes. Von dessen Attraktivität hätten die Teilnehmer freilich gern noch ein bißchen mehr genossen. Im Geiste Benedikts von Nursia betreuen auf der Fraueninsel heute ca. 30 Schwestern die bereits im 8. Jahrhundert gegründete Abtei Frauenwörth und schaffen ein Umfeld der Ruhe und Konzentration und somit ein Ambiente, das sich auf den Ablauf von Tagungen jedweder Art ganz besonders wohlthuend auswirkt.

Die Veranstaltung der arge-alp-Berufsbildung jedenfalls hatte es in diesem Sinne beeinflusst. <

Der bayerische Ministerrat beschließt:

„Fit for work“

Unter dem Titel „Fit for work – Berufschancen 2004“ kündigte Sozialministerin Stewens auf einer Pressekonferenz Ende April auch für dieses Jahr einen Ausbildungspakt zwischen der Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft an. Unter Hinweis auf das laufende Ausbildungsjahr erklärte die Ministerin: „Gemeinsam mit der Wirtschaft, den Kammern und der Arbeitsverwaltung haben wir eine nahezu ausgeglichene Bilanz auf dem Lehrstellenmarkt erreicht“. Mit dieser Kampagne seien in Bayern rund 5 000 zusätzliche Ausbildungsplätze aktiviert worden. Es zeige, wie viele Reserven mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung erschlossen werden können. „Diesen Erfolg wollen wir heuer wiederholen“, sagte die Ministerin. Wichtige Voraussetzung für den Erfolg aber sei ein Stopp der geplanten Ausbildungsplatzabgabe. Diese werde genau das Gegenteil dessen bewirken, was Staat in Wirtschaft in Bayern gemeinsam erreicht haben.

Beschluss des Ministerrats

In seiner Sitzung von 10. Mai verabschiedete der Ministerrat die genannte Maßnahme. „Staatsregierung und bayerische Wirtschaft haben heute die gemeinsamen Anstrengungen für neue Ausbildungsplätze in Bayern vorgestellt“, hieß es in seiner Verlautbarung.

Ministerpräsident Stoiber bezeichnete u.a. die im Bundestag beschlossene Ausbildungsplatzabgabe als „verhängnisvollen Irrweg, der keinen einzigen zusätzlichen Ausbildungsplatz bringen, sondern massenhaft Ausbildungsplätze vernichten wird“. Bayern halte diesen Weg für grundfalsch. Der Freistaat setze vielmehr auf eine intensive und freiwillige Zusammenarbeit zwischen der Staatsregierung und der bayerischen Wirtschaft und begrüße die Bereitschaft der bayerischen Wirtschaft zur Zusammenarbeit.

Ein Bündel von Maßnahmen

Das Programm „Fit for Work – Berufschancen 2004“, das zum 1. Juni 2004 startet, soll mit einem Bündel von Maßnahmen in Bayern einen Ausgleich zwischen Lehrstellenangebot und Nachfrage der Jugendlichen erreichen. Insgesamt wendet Bayern hierfür aus öffentlichen Geldern 15,16 Millionen Euro auf. Davon steuert das Arbeitsministerium über acht Millionen Euro aus Landesmitteln und dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bei; das Kultusministerium stellt rund sieben Millionen Euro zur Verfügung.

Förderung der Mobilität

Damit das Angebot an Ausbildungsplätzen vollständig genutzt werden kann, wird die Mobilität der Jugendlichen in den Arbeitsagenturbezirken Augsburg, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Deggendorf, Donauwörth, Hof, Nürnberg, Pfarrkirchen, Passau, Schwandorf, Schweinfurt, Weiden und Weißenburg gefördert. Jugendliche können eine Mobilitätshilfe bei auswärtiger Unterbringung in Höhe von monatlich 150 Euro bekommen. Wer pendeln muss, erhält bei einem Eigenanteil von 100 Euro einen gestaffelten Fahrtkostenzuschuss, der mit dem Ansteigen der Ausbildungsvergütung geringer wird: Der Höchstbetrag im ersten Ausbildungsjahr beträgt 150 Euro, im zweiten Jahr 100 Euro und im dritten Jahr 50 Euro.

Hilfen für das Grenzgebiet

Damit Betriebe zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen, wird in den Ziel-2-Gebieten des Europäischen Sozialfonds für jede neue Lehrstelle ein Zuschuss von 5 000 Euro gezahlt. Das Ziel-2-Gebiet umfasst im Wesentlichen das ostbayerische Grenzgebiet mit Teilen der Arbeitsagenturen Hof, Weiden, Schwandorf, Deggendorf und Passau.

Bezuschussung der Verbundausbildung

Die Verbundausbildung als innovativer Weg in die Ausbildung wird landesweit unterstützt, indem nicht mehr nur die Organisationskosten, sondern die Ausbildungskosten für etwa 1 000 Ausbildungsplätze im Verbund mit bis zu 2 500 Euro pro Ausbildungsplatz bezuschusst werden. Bei der Verbundausbildung bilden mehrere – vor allem kleine und mittlere – Betriebe gemeinsam einen Jugendlichen aus. Gemeinsam können sie besser die Hürden für einen Einstieg in die Ausbildung nehmen, beispielsweise weil sie allein nicht alle Lerninhalte aus den Ausbildungsrahmenplänen abdecken können.

Koordinierte Maßnahmen

Bei der gemeinsamen Kampagne von Wirtschaft und Staatsregierung soll eine Koordinierungsstelle über freie Ausbildungsstellen in Betrieben sammeln, Informationen für Jugendliche und Betriebe bereithalten und alle Aktivitäten bündeln. Politiker und Verantwortliche aus der Wirtschaft werden zusätzliche Ausbildungsplätze einwerben. Zudem sollen probeweise in Oberfranken die Daten zwischen Kammern und Arbeitsagenturen unter Berücksichtigung des Datenschutzes abgeglichen werden, um mehrfache Vertragsabschlüsse und dadurch blockierte Lehrstellen zu erkennen.

Weitere Ergänzung durch schulische Maßnahmen

Die zusätzlichen schulischen Maßnahmen des Vorjahres werden weitergeführt. Im Jahr 2003 stellte das Kultusministerium an beruflichen Schulen insgesamt 115 zusätzliche Schulklassen bereit. Hinzu kamen 68 zusätzliche Eingangsklassen an staatlichen Fachoberschulen.

„Trittbrettfahrer“ abschrecken

Der Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft Randolph Rodenstock unterstrich die Notwendigkeit, die Mobilität der jungen Menschen zu fördern. Es müsse eine „Ablöseregelung“ gefunden werden, die Anreize zur Ausbildung schaffe und

„Ausbungstrittsbrettfahrer“ abschrecke. Das würde verhindern, dass gut ausgebildete junge Menschen unmittelbar nach der Lehre durch attraktive Gehälter von denen abgeworben werden, die sich die Ausbildungskosten sparen wollten. Es sei höchste Zeit, dass die Gewerkschaften mit den Arbeitgebern über die Absenkung von Ausbildungsvergütungen, die Realisierung zweijähriger Ausbildungsberufe und die Abschaffung des Übernahmepflichts von Lehrlingen sprechen. Die Wirtschaft sei sich ihrer Verantwortung für die nachwachsenden Generationen bewusst. Derzeit investierten die vbw und die bayerischen Metallverbände VBM und BayME über 60 Millionen Euro in Bildungsprojekte. So werden beispielsweise für die Ausbildungsjahre 2003/2004 und 2004/2005 insgesamt 1 100 zusätzliche Lehrstellen bei den bayerischen Metallunternehmen eingeworben und finanziert. Schwerpunktmäßig kommen diese Plätze den strukturschwachen Regionen zugute. Dazu werde 50 weiteren Lehrlingen die Chance geboten, den neu geschaffenen Beruf „Maschinenführer“ zu erlernen.

Besonderes Potential bei ausländischen Betrieben

Der Präsident des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages Dr. Claus Hipp verwies auf die positive Entwicklung der Lehrstellensituation im Kammerbereich: „Bis Ende April 2004 wurden bei den bayerischen Industrie- und Handelskammern 15794 neue Ausbildungsverträge registriert. Das sind 4,3 Prozent mehr als im vergangenen Jahr“. Die bayerischen Industrie- und Handelskammern haben sich ein noch umfangreicheres Maßnahmenpaket als im letzten Jahr vorgenommen, um die Aktivitäten der Staatsregierung zu unterstützen. „Ganz gezielt werden Unternehmer als ehrenamtliche Lehrstellenlotsen versuchen, neue Ausbildungsbetriebe zu gewinnen. Mit einer Vielzahl von Aktionen informieren die Kammern Unternehmer über Ausbildungsmöglichkeiten. „Besonderes Potential sehen wir bei ausländischen Betrieben“, sagte Hipp. „Wir werden auch

noch enger mit Arbeitsagenturen zusammenarbeiten, Daten über Betriebe abgleichen, die noch nicht ausbilden und diese dann gezielt anzusprechen“.

Den Betrieben mehr Handlungsspielraum einräumen

Der Präsident des Bayerischen Handwerkstages, Heinrich Traublinger, berichtete über gestiegene Ausbildungsleistungen im bayerischen Handwerk: „Zum 30. April dieses Jahres wurden sechs Prozent mehr neue Ausbildungsverhältnisse registriert als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt.“ Der BHT-Präsident forderte die Bundesregierung auf, bei der anstehenden Änderung des Berufsbildungsgesetzes darauf zu achten, dass die gesetzlichen

Vorgaben den Betrieben einen größeren Spielraum für ein erweitertes Ausbildungsplatzangebot einräumen. Dazu gehöre, die Probezeit auszuweiten und die Ausbildungsvergütungen wieder an die allgemeine Lohnentwicklung anzupassen.

„Der einzig richtige Weg“

Diese gemeinsame Initiative von Staat und Wirtschaft im Bündnis für die jungen Menschen sei der einzige Weg, der Erfolg verspricht, betonte Ministerpräsident Stoiber. Nicht die mangelnde Ausbildungswilligkeit der Unternehmen belaste den Lehrstellenmarkt, „sondern die verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung“.

-pth-

Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion, 10. Mai 2004:

Debakel auf dem bayerischem Ausbildungsmarkt ist hausgemacht

Als höchst überfällig bewertet der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget, die Initiative des Kabinetts Stoiber für mehr Lehrstellen in Bayern. Und nahm damit zur Beratung des Kabinetts Stoiber für eine neue Lehrstelleninitiative in Bayern Stellung. „Schließlich trägt die Landesregierung dafür die Verantwortung, denn das Debakel auf dem bayerischen Ausbildungsmarkt ist hausgemacht“, betonte Maget. „Leider hat die Politik der Staatsregierung dazu geführt, dass es in Bayern die schlechtesten Ausbildungszahlen seit Jahrzehnten gibt.“ Der Oppositionsführer im Bayerischen Landtag: „Hier hätte Stoiber früher aktiv werden müssen – jetzt läuft er dieser negativen Entwicklung zu Lasten der jungen Menschen in Bayern hinterher.“

Maget: „Während Bayern das Berliner Ausbildungssicherungs-gesetz torpediert, gilt für den bayerischen Ausbildungsmarkt höchste

Alarmstufe. Die dramatische Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt hat sich nochmals verschärft. Im April 2004 haben sich 5 400 Bewerber mehr gemeldet als im Vorjahresmonat. Das ist ein Anstieg um 7,2 %. Gleichzeitig hat sich das Ausbildungsstellenangebot um 12,3 % reduziert. Im März 2004 betrug die Differenz noch 10,9 %. Die Tendenz ist also steigend.“ Der SPD-Fraktionschef fordert angesichts dieser Lage regionale Ausbildungsbündnisse zwischen den Tarifparteien und der öffentlichen Hand. Wie notwendig solche Initiativen sind, zeigen die Zahlen über den Rückgang des Angebots an Ausbildungsplätzen im April 2004 gegenüber April 2003. Diese betragen in der Oberpfalz 17,7 %, in Niederbayern 14,9 %, in Oberbayern 12,4 %, in Mittelfranken 12,1 %, in Oberfranken 10,7 %, in Unterfranken 10,4 %, in Schwaben 8,7 % und im gesamt-bayerischen Schnitt 12,3 %.

Günter Liebl – neuer FOS/BOS-Referent im Kultusministerium

Am 1. März 2004 hat OStD Günter Liebl die Leitung des Referats Fachoberschulen und Berufsoberschulen im KM übernommen. Sein Vorgänger, Ministerialrat Dr. Rudolf Halbritter,

u. a. für Personalplanung (Budgetierungsverfahren) und Personalangelegenheiten zuständig; er ist deshalb für die Direktoren und viele Lehrkräfte kein Unbekannter. Vom Juli 2000 bis



Fachgespräch mit dem neuen Referenten. Von links Hansjörg Bosch (VLB), Hermann Sauerwein (VLB), OStD Günter Liebl (KM).

war nach 20 Jahren Referententätigkeit in den Ruhestand getreten (siehe akzente 03-04/2004).

Bei einem Gespräch im Kultusministerium am 30. März 2004 erörterten OStD Liebl und VLB-Vertreter die aktuelle Entwicklung an den Fachober- und Berufsoberschulen. Es ging vor allem um die voraussichtlich auch im kommenden Schuljahr wieder angespannte Personalversorgung, um die zu erwartende Neuregelung der Lehrerarbeitszeit und um Fragen zur FOS 13 (Standorte, Studentafel, Seminararbeit). Im Hinblick auf verschiedene aktuelle Vorschläge zum Erwerb der Fachhochschulreife waren sich die Gesprächspartner einig: Die Fachhochschulreife mit ihrer spezifischen Verbindung von fachtheoretischer, fachpraktischer und allgemeiner Bildung muss ihren Ort auch künftig ausschließlich in der Fachoberschule bzw. im beruflichen Schulwesen haben.

Der gebürtige Weidener Günter Liebl hat nach dem Vorbereitungsdienst für das Lehramt an beruflichen Schulen (Metalltechnik/Mathematik) bis 1995 in München an der Fachoberschule unterrichtet. Anschließend war er als Mitarbeiter im Referat VII.7 (FOS/BOS) des Kultusministeriums

Februar 2004 war er Schulleiter der Münchener Staatlichen Fachoberschule und Berufsoberschule für Technik.

Der VLB freut sich auf eine gute und konstruktive Zusammenarbeit mit Günter Liebl. *Hansjörg Bosch*

Club of Rome will neuen Schultyp in Deutschland fördern

Der Club of Rome will einen neuen Schultyp in Deutschland schaffen. „Es gibt keine modernen Schulen in diesem Land“, sagte Axel Beyer von der Deutschen Gesellschaft des Verbunds von Wissenschaftlern und Wirtschaftsführern in Frankfurt. „Es gibt sehr viel aufzuholen.“ Um die Club-of-Rome-Lizenz zu bekommen, müssten interessierte Schulen – begleitet von Experten – fünf Jahre lang einen selbst gewählten Weg einhalten. Das Modell solle dann Vorbild für andere Staaten werden, sagte Ehrenpräsident Ricardo Diez-Hochleitner.

„Es geht nicht um die Einheitsschule von Flensburg bis Passau. Jede Schule bewegt sich auf ihrem eigenen Weg“, sagte Beyer. Zum Anforderungsprofil gehöre beispielsweise, dass sich die Schulen ihre Lehrer selbst aussuchen und den Stundenplan nach ihren Schwerpunkten umbauen könnten. Musik, Bewegung und Gesundheit müssten elementare Bausteine des Alltags sein. „In deutschen Schulen ist nicht der Mensch, sondern nur sein Gehirn angesprochen.“

Die einzelnen Schüler sollten differenziert gefördert werden, gemäß des Prinzips des selbst verantworteten Lernens. Die Schüler sollen ihre eigenen Fortschritte dokumentieren und Kriterien entwickeln, ihre Leistungen selbst zu beurteilen. „Wir wollen den Dreipunkt Lehrer, Schüler, Elternschaft stärken.“ Praktisches Lernen an Orten außerhalb der Klassenräume, etwa in Betrieben, müsse ein regelmäßiges Unterrichts-Thema sein. Die Lehrer bräuchten auf dem Weg zur Club-of-Rome-Schule eine Ergänzung ihrer Ausbildung. „Was uns die Universitäten bieten können, ist nicht ausreichend“, sagte Beyer.

Mit Beginn des nächsten Schuljahres könnten bis zu 30 Schulen mitmachen, danach sollen jedes Jahr neue dazu kommen. Bislang hätten sich rund 60 Schulen aus 11 Bundesländern beworben.

Der internationale Zusammenschluss von Wissenschaftlern, Wirtschaftsführern, Politikern und Kulturschaffenden war 1968 in Rom gegründet worden. Mit seiner Analyse über „Die Grenzen des Wachstums“ löste der Club of Rome 1972 eine weltweite Debatte über die Knappheit der Rohstoffe aus. 1973 erhielt der politisch unabhängige Verbund den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

-dpa-

BBB-Hauptausschuss tagt in München

HERMANN SAUERWEIN

Beeindruckend die Kulisse im Hotel Holiday-Inn, München, als sich ca. 300 Teilnehmer aus über 50 Fachverbänden im BBB trafen, um über die aktu-

ellen Probleme im öffentlichen Dienst zu beraten.

Erstmals verzichtete man auf die Einladung von Politikern, um sich ganz der Reformdiskussion im öffentlichen Dienst zu widmen. Kein gerin-



VLB-Vertreter im Münchner Holiday-Inn. Hintere Reihe links: Wolfgang Lambl. Vorne Hans Käfler und Hermann Sauerwein.

gerer als der Bundesvorsitzende des BBB, Peter Heesen, war der Hauptreferent. Sein Thema, das „Reformmodell 21“, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung. Heesen verstand es, den Anwesenden klar zu machen, dass es besser sei zu agieren als zu reagieren. Die im Reformmodell 21 selektierten Eckwerte des Dienstrechtskonzeptes des BBB – Laufbahnrecht modernisieren, leistungsgerechte Besoldung praktizieren, Fortbildung ausbauen, Führungskultur optimieren, Arbeitszeit flexibilisieren, Versorgung sichern, Beteiligungsrechte stärken, u. a. – waren Kern seiner mit Engagement und Witz geführten Rede, die mit viel Beifall quittiert wurde.

BBB-Vorsitzender Rolf Habermann führte souverän durch die weitere Tagesordnung. Schwerpunkte waren: Verabschiedung des Haushaltes 2004 des BBB und die einstimmige Nachwahl unseres Kollegen Wolfgang Lambl in den Hauptvorstand des BBB, nachdem Kollege Manfred Greubel wegen der Übernahme anderer dienstliche Aufgaben vorzeitig ausgeschieden war.

Wir danken an dieser Stelle Kollegen Greubel nochmals für seinen großen Einsatz beim BBB und wünschen seinem Nachfolger viel Erfolg bei der Verfolgung der Ziele seines Verbandes, des VLB.

Weiterer Höhepunkt war die Verabschiedung von Entschlüssen zu den Themen:

- Verwaltungsreform,
- Verlängerung der Arbeitszeit
- sowie zur verfassungsrechtlichen Gestaltung des Beamten-tums.

Sie wurden alle nach jeweils kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Nach einem eindringlichen Appell des BBB-Vorsitzenden zum gemeinsamen Widerstand gegen die von der bayerischen Staatsregierung geplanten und zum Teil bereits verfüigten Sparmaßnahmen ging die gelungene Veranstaltung unseres Spitzenverbandes zu Ende. <



Pressemitteilung des dbb, 3. Mai 2004:

Finger weg vom Grundgesetz

Der dbb warnt vor einer Abschaffung des „Beamtenstatus“ per Verfassungsänderung, wie sie einige Ministerpräsidenten und Parteipolitiker offenbar planen. Dies hätte, heißt es auf der neuen Wandzeitung von dbb-beamtenbund und tarifunion, verheerende Folgen für Deutschland: Wie Verlust streikfreier Räume, Aufgabe bundeseinheitlicher Regelungen, Ausverkauf von Verlässlichkeit und Sicherheit öffentlicher Dienstleistungen. Zudem würde eine Verfassungsänderung in das berufliche und soziale Schicksal von mehr als fünf Millionen Menschen eingreifen. Die Chance für Reformen

auf grundgesetzlich gesicherter Basis wäre vertan, kritisiert der dbb und fordert deshalb: „Finger weg vom Grundgesetz!“ Der dbb setze mit seinem Reformmodell 21 neue, wirkungsvolle Strategien dagegen: Agieren statt Reagieren laute unsere Devise.

Die Wandzeitung ist die zweite einer Reihe zum Reformmodell 21. Als pdf-Datei zum Downloaden unter <http://www.dbb.de/newsletter/WZ-Reformmodell21.pdf> <

Die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag stellte zum Thema „Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst“ am 21. April 2004 nachfolgenden

Dringlichkeitsantrag

durch die Abgeordneten Franz Maget, Christa Naaß, Dr. Christoph Rabenstein, Stefan Schuster und Ludwig Wörner.

Versprochen – Gebrochen hier: Verlängerung der Wochenarbeitszeit im öffentlichen Dienst in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Ministerpräsident Stoiber hat sein Wort, das er vor der Landtagswahl gegeben hat, mit dem er eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Bayerns Beamtinnen und Beamte ausdrücklich ausgeschlossen hat, gebrochen.
2. Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sind kein Selbstbedienungsladen zur Haushaltssanierung.
3. Die Funktionsfähigkeit der bayerischen Verwaltung, insbesondere die Funktionsfähigkeit der Finanzverwaltung, die Funktionsfähigkeit von Polizei und Justiz sind schon seit langem nicht mehr ausreichend gegeben und dürfen nicht noch mehr geschwächt werden.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

1. keine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Landes- und die Kommunalbeamten zum 1. September 2004 von 40 Stunden auf 42 Stunden vorzunehmen,
2. in Zukunft auch für neu eingestellte Angestellte und Arbeiter die 38 1/2 Stunden-Woche beizubehalten. Sie soll daher von der Möglichkeit Abstand zu nehmen, nach der Kündigung der Arbeitszeitbestimmungen in BAT, MTArb und MTW zum 30. April 2004 durch Beschluss der Ta-

Pressemitteilung der CSU-Landtagsfraktion, 26. April 2004:

Joachim Herrmann: Wir halten am Berufsbeamtentum fest

Der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, hat sich für das Berufsbeamtentum im Freistaat Bayern ausgesprochen. Herrmann sagte, die CSU habe auf keinen Fall die Absicht, vom Beamtenstatus Abschied zu nehmen. „Verschiedene Untersuchungen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Beamte nicht mehr, sondern weniger kosten als Angestellte im öffentlichen Dienst.“ Es sei außerdem ein Unterschied, ob man einzelne Aufgaben des Staates privatwirtschaftlich organisiere oder den Beamtenstatus in Frage stelle. Der Vorsitzende der Jungen Union in Bayern, Manfred Weber, täusche sich, wenn er eine Lösung der Finanzierungsprobleme des öffentlichen

Dienstes darin sehe, nur noch Angestellte in den öffentlichen Dienst einzustellen.

Herrmann kündigte an, in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden die Leistungsorientierung in der Bezahlung des öffentlichen Dienstes sowohl bei Beamten als auch bei Angestellten noch zu verstärken. Man sei hier bereits auf einem guten Weg. Darüber hinaus gebe es sehr Erfolg versprechende Ankündigungen von Vertretern des Beamtenbundes, die Reformen in diesem Bereich weiter voranzutreiben. <

rifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) vom 26. März 2004, ab dem 1. Mai 2004 in den Arbeitsverträgen mit neu eingestellten Angestellten und Arbeitern und bei Änderungen von bestehenden Arbeitsverträgen eine über die bisherigen 38 1/2 Stunden hinausgehende längere Wochenarbeitszeit von – ebenfalls 42 Stunden zu vereinbaren,

3. im Zusammenhang mit der im Februar 2003 von Staatsminister Falthäuser als damaligem Vorsitzenden der Tarifgemeinschaft deutscher Länder unterzeichneten Prozessvereinbarung konstruktiv an einer Modernisierung und Flexibilisierung des Tarifrechtes mitzuarbeiten.

Begründung:

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder hat die Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen für die Angestellten und die Arbeiter (West) zum 30. April 2004 gekündigt. Die Länder wollen damit eine Angleichung an die Arbeitszeiten der Beamten erzwingen, die in drei von sechzehn Bundesländern, nämlich in Baden-Württemberg zum 01. 09. 2003 von 40 auf 41 Stunden und in Hessen und in Nordrhein-Westfalen zum 01. 01. 2004 von

jeweils 38,5 auf 42 bzw. 41 Stunden, erhöht worden ist.

Die Staatsregierung hat angekündigt, die wöchentliche Arbeitszeit für die Beamten in Bayern ab dem 1. September 2004 von jetzt 40 Arbeitsstunden auf 42 Arbeitsstunden anzuheben. Ähnlich wie in Hessen soll eine Altersentlastung von einer Stunde auf 41 Arbeitsstunden für Beamte ab Vollendung des 50. Lebensjahres und von zwei Stunden auf 40 Arbeitsstunden für Beamte ab Vollendung des 60. Lebensjahres vorgesehen werden. Gleichzeitig strebt die Staatsregierung einen „Gleichklang“ der Arbeitszeit der Angestellten und Arbeiter mit der angehobenen Arbeitszeit der Beamten an. Eine „Anpassung“, also eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für die Tarifbeschäftigten von jetzt 38,5 Stunden auf 42 Stunden, soll für Neueingestellte und bei Änderungen von bestehenden Arbeitsverträgen durch die Kündigung von Arbeitszeitregelungen und über die Regelung der Arbeitsbedingungen über Arbeitgeberrichtlinien geschehen. Für vorhandene Angestellte und Arbeiter bleibt es wegen der Nachwirkung der bis dahin geltenden Tarifvertragsnormen nach dem Tarifvertragsgesetz bei der wöchentlichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden. <

legung der regelmäßigen Arbeitszeit in Abhängigkeit vom Lebensalter darzustellen

- wie viele Beamtinnen zukünftig 40, 41 und 42 Stunden arbeiten,
- wie viele Beamte zukünftig 40, 41 und 42 Stunden arbeiten, und über die Auswirkungen der Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit auf
 - Neueinstellungen
 - die Überstundensituation zu berichten.

In dem Bericht soll die Staatsregierung auch darlegen, wie durch die Verlängerung der regelmäßigen Arbeitszeit verursachten Problemen der Beamtinnen und Beamten mit Kindern im Hinblick auf die Öffnungszeiten von Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen und Problemen im Hinblick auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel nach Dienstschluss in ländlichen Gegenden abgeholfen werden kann oder welche Empfehlungen die Staatsregierung zur Lösung solcher Probleme gibt.

2. Die Staatsregierung soll in dem Bericht auch darauf eingehen, welchen Abschluss Bayern als Mitgliedsland der Tarifgemeinschaft deutscher Länder im Hinblick auf die zum 30. April 2004 gekündigten Arbeitszeitbestimmungen in BAT, MTArb und MTW mit den vertragsschließenden Gewerkschaften anstrebt und ob beabsichtigt ist, aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder auszutreten, falls der angestrebte Tarifabschluss nicht zustande kommt.

Nachdem die Staatsregierung angekündigt hat, bei Neueinstellungen von Angestellten und Arbeitern und bei Änderung bestehender Arbeitsverträge ab dem 1. Mai 2004 eine höhere Arbeitszeit zu vereinbaren, soll in dem Bericht des weiteren dargelegt werden, welche Arbeitszeit vereinbart werden soll und wie viele Angestellte und Arbeiter hiervon betroffen sein werden. <

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Franz Maget, Christa Naaß, Ludwig Wörner, Dr. Christoph Rabenstein, Karin Rademacher, Stefan Schuster, SPD-Landtagsfraktion, 5. Mai 2004:

Verlängerung der Arbeitszeit für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bayern.

1. Bericht über die geplante neue Arbeitszeitverordnung und deren Auswirkungen auf die Beamtinnen und Beamten, auf Neueinstellungen und die Überstundensituation.

2. Bericht über geplante Arbeitszeitregelungen für die Angestellten und Arbeiter.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes den Verordnungsentwurf zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit für den bayerischen öffentlichen Dienst (Arbeitszeitverordnung – AzV) vorzustellen. Dabei ist im Hinblick auf die beabsichtigte Fest-

40 Jahre technisches Lehramt an beruflichen Schulen*:

Praxisorientierte Lehrerbildung an der TUM

DR. WALTER DEMMEL

Nicht immer muß man für besondere Feierlichkeiten 200 Jahre (Anfang der bayerischen Berufsschule) oder 150 Jahre (Kerschensteiners Geburt) warten, manchmal kommt man zum Nachdenken, weil die historische Entwicklung eine Zeitspanne umfaßt, die ein wesentlicher Abschnitt unseres eigenen Berufslebens war.

In diesem Fall handelt es sich um das Jahr 1964, das zwar keine typische Jubiläumzahl ist, aber in seiner Bedeutung für unser Lehramt an beruflichen Schulen nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Die Ausbildung zum „Berufsschullehrer“ an der TH/TU München ab dem Wintersemester 1964/65 war der Einstieg in die akademische Laufbahn des höheren Dienstes für dieses Schulamt.

Anfänge

Die Schulordnung von 1864 trieb die Entwicklung der technischen Lehranstalten in Bayern endgültig voran. Sie reformierte und differenzierte das mittlere Fachschulwesen auf der Ebene der Gewerbeschule, sie schuf das bayerische Realgymnasium und brachte die Polytechnische Hochschule auf den Weg.

Die im Jahre 1868 gegründete „Polytechnische Hochschule“ in München, deren erster Direktor Carl Max Bauernfeind war, nahm nach dem Vorbild der Dresdener und Züricher Technischen Hochschulen von Anfang an das Lehramtsstudium in ihr Programm auf.

Die dafür eingerichtete „Allgemeine Abteilung“ hatte die Aufgabe, „die Aneignung allgemein bildender Wissenschaften zu vermitteln ..., welche einerseits die nöthige Grundlage für den Beginn der technischen Fachstudien bildet, andererseits für die Ausbildung zum Lehramte ... erforderlich ist“ (HStA MK 19546). Allerdings war für



Von der TU-Geschichte angetan: Dr. Walter Demmel, der Autor dieses Beitrags (links) im Gespräch mit Prof. Dr. A. Schelten.

das humanistische Gymnasium von den an der Polytechnischen Hochschule studierbaren Lehrämtern nur das der Mathematik und der Physik von Bedeutung. Dieses konnte jedoch an beiden Münchner Hochschulen gleichwertig studiert und abgeschlossen werden. Eine Besonderheit, die es nur in Bayern gab.

Die Anstellung am Gymnasium erfolgte nach Abschluss des Studiums und einer gemeinsamen Lehramtsprüfung. Während das Lehramt der Mathematik und Physik bereits 1868 mit Gründung der Polytechnischen Hochschule studiert werden konnte, wurden andere Lehrämter wie das Realienlehramt erst seit 1872, das neu-sprachliche seit 1873 in den Vorlesungsverzeichnissen geführt.

Erst 1877 erhielt die Polytechnische Hochschule den Namen „Technische Hochschule“. Die Tendenz zur Allgemeinbildung war von Anfang an erkennbar, wurde jedoch durch die Verfassung von 1899 nochmals besonders betont. Damit kamen zur Ausbildung gymnasialer Lehramtskandidaten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern noch die für neu-sprachliche, historische und geographische Fächer.

Die von der Technischen Hochschule München von Anfang an strikt betonte Forderung der Universitätsreife, die Ausbildung von Lehramtskandidaten und der systematische Ausbau von Laboratorien gaben ihr den Charakter einer akademischen Institution auch mit höchsten praxisorientierten Ansprüchen, die darin mit Karlsruhe und Dresden vergleichbar waren.

Praxisorientierung

Nicht unerheblich unterschied sich ab 1877 die Ausbildung der Lehramtskandidaten für Mathematik und Physik an der Technischen Hochschule München von der an der Universität München. Der starke Bezug zur späteren Unterrichtspraxis war das auffallendste Merkmal, dessen hochschulgemäße Ausformung mit dem Namen Felix Klein verbunden war. Obwohl er nur fünf Jahre an der THM lehrte, wirkten seine Impulse über seinen Schüler Walter van Dyck entscheidend auf die Lehrerbildung.

Klein forderte eine Mathematik, die durch die Hereinnahme der angewandten Mathematik verständlich gemacht war, dazu mehr Selbsttätigkeit der Studierenden in Seminaren und Übungen, eine aufbereitete Schulmathematik und zugleich eine zeitgemäße wissenschaftliche Ausbildung. Beide aber, Klein und van Dyck (Magnus 1993, 94-96), sahen den Zweck der Lehrerbildung weniger in theoretischer Unterweisung und wissenschaftlicher Arbeitsweise, sondern in der Verbindung der Theorie, mit dem, was sie in der Praxis schafft, gepaart mit anschaulicher Darstellung.

Damit war die TH München schulnäher als die UNI München. Während die Universität die Lehramtskandidaten mehr mit der theoretischen Wissenschaft vertraut machte, legte die THM das Schwergewicht auf die angewandten Wissenschaften, eine Zielsetzung, die auch heute noch für die gymnasiale und die technische Lehrerbildung an der TU München gilt.

Einer der später bekanntesten Professoren der angewandten Mathematik und Schüler van Dycks, Prof. Dr.

* siehe Umschlagseite 4

Sauer, begann 1919 an der THM das Studium der Mathematik und Physik für das Höhere Lehramt an Gymnasien. Auch der spätere Münchner Stadtschulrat (1895–1919) und „Vater der Berufsschule“ in Deutschland, Dr. Georg Kerschensteiner, studierte in den Jahren 1877-1881 an der TH München und gleichzeitig an der UNI München mit Männern wie M. Planck, A. Hurwitz, W. v. Dyck, H. Wiener und J. Burckhardt dieses Lehramt. Zusammen mit Fritz Haber, Max Planck, Wilhelm Konrad Röntgen u.a. verlieh die Technische Hochschule München dem damaligen Geheimen Oberstudienrat und Honorarprofessor an der Universität München Dr. Kerschensteiner im Jahre 1918 die Ehrenpromotion (Magnus 1993, 33).



Die Reihe bekannter Persönlichkeiten und verdienter Lehrer an bayerischen Gymnasien ließe sich mühelos fortsetzen.

Handelslehrer

In Bayern wurde erst 1929 die Handelslehrerdiploprüfung eingeführt.

Bis dahin bestand aber bereits seit der Jahrhundertwende eine staatliche Prüfung für Handelswissenschaften an den Handelshochschulen München (1910) und Nürnberg (1919).

Die Genehmigung der städtischen Münchner Anstalt erfolgte durch das Kgl. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten am 24. Juli 1910. Am 4. Oktober 1910

wurde die Handelshochschule München feierlich eröffnet. Präsident des Kuratoriums wurde Dr. Georg Kerschensteiner und blieb es bis zu seinem Ausscheiden aus dem städtischen Dienst am 15. September 1919. Die von Kerschensteiner entworfene Prüfungsordnung für Handelslehrer trat allerdings nie in Kraft.

Wegen finanzieller Schwierigkeiten der Stadt München übernahm der Staat diese Einrichtung und gliederte sie ab dem Wintersemester 1922 der Technischen Hochschule München ein (Sehling 1966, 103-106). Mit der Eingliederung der Münchner Handelshochschule wurde eine Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung gegründet, die dann 1934 in die neugeschaffene Fakultät für Allgemeine Wissenschaften übergeführt wurde. Die Aufgaben einer Handelshochschule konnten von der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule jedoch nur in bescheidenem Rahmen wahrgenommen werden. Da nun der wissenschaftliche Charakter der Ausbildung mehr betont und für die kaufmännische Praxis weniger geboten wurde, war der von Kerschensteiners Bemühungen um eine schulpraktische Ausbildung der Lehrer an der Münchner Handelshochschule verwöhnte Kaufmannsstand enttäuscht. Die für die THM traditionelle Praxisorientierung war in der kaufmännischen Lehrerbildung zunächst zur Theorie von der Praxis geworden.

Während die Diplom-Handelslehrerausbildung in der Weimarer Republik vorwiegend an den Handelshochschulen durchgeführt wurde und nur mancherorts die Universitäten Träger dieses Bildungsganges waren, wurde diese Form nach 1945 weitgehend überwunden. In Bayern sind die Handelshochschulen und die Ausbildung an der THM ab 1947 in der Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität München und ab 1961 in der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Nürnberg-Erlangen aufgegangen.

Praxisorientierte Gewerbelehrerbildung

Im Jahre 1907 wurde in München, erstmals für das Land Bayern, ein Institut

zur Ausbildung von Gewerbelehrern errichtet. Die Ausbildung zum Lehramt an beruflichen Schulen (LB) im gewerblich-technischen Bereich fand für Bayern grundsätzlich in München, zuerst in der Gabelsbergerstraße 57 und ab 1931 in der Lothstraße 17, statt. Die Zentralisierung dieser Ausbildung hatte bis heute immer Vorteile, die auch von anderen Bundesländern mit traditionell mehreren Ausbildungsstandorten so gesehen werden. Seit 1964 findet diese Ausbildung an der Technischen Hochschule/Universität in München statt.

Der Einheitslehrer wird aufgegeben

Die staatliche Ausbildung gewerblicher Berufsschullehrer (Neuberger 1988, 26-33), die zunächst für Volksschullehrer aus drei Fortbildungskursen von je sechs Wochen Dauer bestand, begann in Bayern mit der Gründung des Königlichen Gewerbelehrer-instituts im Jahre 1907. Bereits 1913 wurden die Kurse durch einen einjährigen Lehrgang, zu dem auch Techniker zugelassen wurden, ersetzt; ab 1925 erweiterte man die Ausbildung auf vier Semester, blieb jedoch beim Einheitslehrer, der für alle gewerblichen Berufe zuständig sein sollte. Im Jahre 1943 wurde die Ausbildung am Berufspädagogischen Institut (BPI) in München, die dort seit 1928 stattfand, in sieben verschiedene Fachgruppen aufgegliedert und damit die Konzeption des Einheitslehrers aufgegeben. Erst nach 1949 gab es entsprechende Zulassungsvoraussetzungen für das Studium des Berufsschullehrers. Sie entwickelten sich stufenweise von der Mittleren Reife mit Meisterprüfung über Hochschulreife mit Gesellenprüfung bis zur Hochschulreife (mit einjährigem Praktikum oder Berufsabschluss). Das Abitur war nie eine Zulassungsvoraussetzung zur Aufnahme in das BPI.

Technische Lehrerbildung an der TH München

Die Berufsschullehrerausbildung in Bayern erfuhr in den Jahren von 1945 bis 1979 weitere wichtige Veränderungen. Die erste Änderung im Jahre 1957

betraf die Verlängerung der Ausbildung am BPI München von vier auf sechs Semester.

Die zweite große Veränderung bestand in der Verlagerung der gewerblichen Berufsschullehrerausbildung vom BPI an die TH München im Jahre 1964. Durch die Übernahme dieser neuen akademischen Studienrichtung ergab sich eine erhebliche Ausweitung des Arbeitsbereiches fast aller Lehrstühle der Fakultät für Wirtschaft- und Sozialwissenschaften. Um den dadurch gestiegenen Bedarf an praxisorientierten Unterrichtsveranstaltungen nachzukommen, mußten, nach der bereits bestehenden Ergonomie, Schritt für Schritt weitere Lehrstühle eingerichtet werden: 1965 Pädagogik,

erfüllte Erstfach, das nicht vertiefte Zweitfach und die Ausweitung des erziehungswissenschaftlichen Studiums.

Erweiterung des erziehungswissenschaftlichen Studieneangebots

Die Änderungen ergaben sich insbesondere im Umfang und Inhalt des erziehungswissenschaftlichen Studiums, der Fachdidaktiken und der Schulpraktika. Das erziehungswissenschaftliche Studium hatte vorher, wie beim Lehramt an Gymnasien, 12 Stunden umfaßt, die zu gleichen Teilen für Pädagogik und Psychologie vorgesehen waren. Nun wurde es auf mindestens 32 Semesterwochenstunden erweitert; davon sollten etwa 20 Stunden für die Pädagogik und die Psychologie und

Erstfach kam ein zusätzliches fachdidaktisches Blockpraktikum im Unterrichtsfach.

Auf weitere Veränderungen der Studienangebote in der gymnasialen und technischen Lehrerbildung soll hier nicht eingegangen werden, sie zeugen jedoch von den intensiven Bemühungen der Hochschulleitung unter dem jetzigen Präsidenten, Prof. Dr. Wolfgang A. Herrmann, die Lehrerbildung an der Technischen Universität München durch besondere Praxisnähe auszuweisen. <

(Der Beitrag ist Prof. Dr. Günter Pätzold zum 60. Geburtstag gewidmet).

Literatur

Demmel, W. G.: 25 Jahre Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen an der TUM. In: TUM-Mitteilungen 2/3 1989, S. 24-26

Demmel, W. G./Schelten, A.: Wege und Ziele der ersten Phase der gewerblich-technischen Lehrerbildung an beruflichen Schulen in Bayern. In: Schmeer, E. (Hrsg.): Berufliche Fachrichtungen und Lehrerbildung für berufliche Schulen. Bochum 1998, S. 17-44)

Fleckenstein, O.: Hundert Jahre Lehre und Forschung. In: Technische Hochschule München 1868-1968. Festschrift. München 1968

Magnus, K. (Hrsg.): 125 Jahre Technische Universität München. München 1993

Neuberger, J.: Die Entwicklung der Berufsschullehrerausbildung in Bayern von 1945 bis 1979. Alsbach/Bergstr. 1988

Neuerer, K.: Das höhere Lehramt in Bayern im 19. Jahrhundert. Berlin 1978



„Grabsteininschrift“ vor dem BPI in der Münchner Lothstraße.

1968 Politische Wissenschaften, 1969 Philosophie, 1972 Psychologie und 1975 Soziologie. Außerdem wurde 1972 das Sportstudium einschließlich der sportwissenschaftlichen Forschung etabliert.

Die dritte Veränderung erfolgte 1972, betraf die Technische Universität (TU) München und bestand in der Ausweitung der Mindeststudiendauer auf acht Semester sowie in der Einführung eines obligatorischen Zweitfaches (Wahlpflichtfach). Die vierte Änderung brachte 1976 zunächst – in Anlehnung an das Gymnasiallehrerstudium – das vertiefte Studium zweier Fächer und eine starke Kürzung des erziehungs- und gesellschaftswissenschaftlichen Studiums (EGS). Die Änderung des Lehrerbildungsgesetzes im Jahre 1979 verfügte das vertiefte be-

der Rest zu gleichen Teilen für die gesellschaftswissenschaftlichen Studien und für Berufs- und Arbeitskunde vorgesehen werden. Der Bereich Berufs- und Arbeitskunde war ein berufsschulspezifischer Studieninhalt, den es beim ähnlich strukturierten erziehungswissenschaftlichen Studium der Lehrämter an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen nicht gab. Auch der Umfang der fachdidaktischen Studien wurde erhöht, mindestens vier Semesterwochenstunden (SWS) waren für die berufliche Fachrichtung und acht bis 12 SWS für das nicht vertiefte Unterrichtsfach vorgesehen. Eine Erhöhung gab es auch bei den Schulpraktika. Zum bisherigen schulpädagogischen Blockpraktikum und zum studienbegleitenden fachdidaktischen Praktikum im beruflichen

Eine neue Abteilung stellt sich vor:

Die Grundsatzabteilung des ISB

ARNULF ZÖLLER

Da neue Aufgaben auch neue Strukturen erfordern, begab sich das Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung in einen intensiven Prozess der Umgestaltung und Neudefinition von Aufgaben. Aus dieser Phase geht das Institut mit zwei „neuen“ Arbeitsbereichen neben den vorhandenen Schulabteilungen hervor:

Die pädagogische Arbeit des Staatsinstituts basiert nach der Neustrukturierung im Wesentlichen auf drei Säulen (siehe Abbildung 1).

Wir möchten hier die neue Grundsatzabteilung des ISB vorstellen.

Ziele und Aufgaben der Grundsatzabteilung

Die Grundsatzabteilung versteht sich als Serviceabteilung in zwei Richtungen: Zum einen leistet sie Konzeptionsarbeit in den Grundfragen bayerischer Bildungspolitik und unterstützt damit die Abteilungen des ISB und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus konzeptionell und beratend, zum anderen sieht sie sich als Dienstleistungszentrum für die Schulen. Mit Zielrichtung Schule ist es die Aufgabe der Grundsatzabteilung, den Personal- und Organisationsentwicklungsprozess bayerischer Schulen konzeptionell vorzubereiten, anzustoßen, zu fördern und durch die Bereitstellung eines fundierten und professionellen Know-hows zu unterstützen.



Die Schulen sollen die Grundsatzabteilung als die Stelle des Instituts wahrnehmen, an der sie zielgerichtet, unbürokratisch und kundenorientiert konzeptionelle und operative Unterstützung abrufen können. Die Zusammenarbeit mit bildungsrelevanten Institutionen ist dabei selbstverständlich.

Die Referate sind meist mit mehreren Personen besetzt. Lehrkräfte verschiedener Schularten, Sozialwissenschaftler, Empiriker arbeiten innerhalb der Referate, je nach Aufgabe aber auch referats- und abteilungsübergreifend zusammen. Das Arbeiten im Team ist ein wichtiger Teil des Selbstverständnisses der Grundsatzabteilung. Einzelreferate sind deshalb nicht als getrennte Aufgabenbereiche, sondern eher als Kompetenzfelder zu verstehen, die bei der Bearbeitung von Projekten und Aufträgen flexibel zusammenfinden.

Die Grundsatzabteilung gliedert sich in sechs Arbeitsbereiche (siehe Abbildung 2)

GA-1: Lerntheorie und Lehrplanfragen

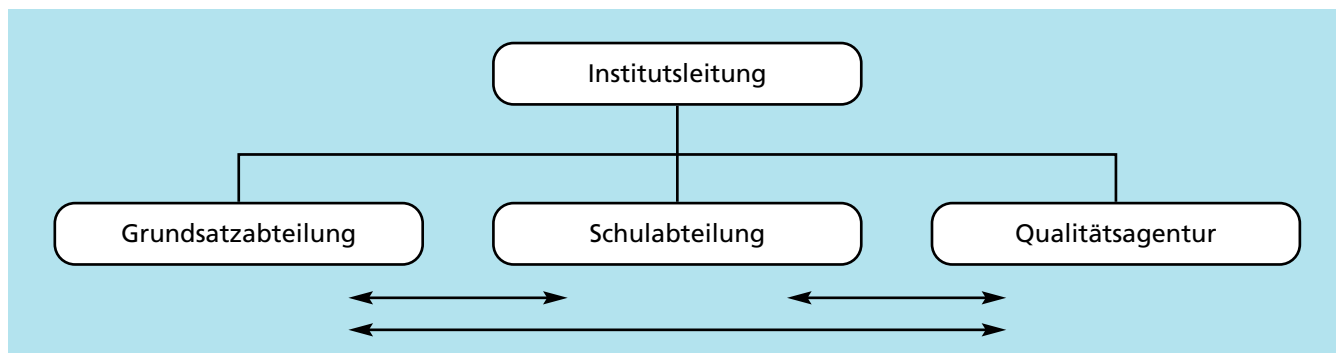
Die Sicherung der Curriculumkompetenz in den Abteilungen des Hauses erfordert die theoretische Fundierung der Lehrplanarbeit und die Weiterentwicklung von Curriculummodellen vor dem Hintergrund nationaler und internationaler Trends (z. B. der Standards). Insbesondere werden die Bereitstellung von Grundlagenpapieren sowie die interne und externe Beratung bei Lehrplanfragen Schwerpunktbereiche der Arbeit sein. Ebenso wird eine enge Kooperation mit der Qualitätsagentur in Fragen der Standardentwicklung angestrebt.

GA-2: Organisationsentwicklung an Schulen

Die Planung und Umsetzung innovativer Unterrichtskonzepte und der Trend zur institutionellen Stärkung der Einzelschule erfordern Veränderungen in der schulischen Personal- und Organisationsstruktur.

Das Referat berät Schulen auf dem Weg zu einer professionellen Personal- und Organisationsentwicklung. Dies beinhaltet die Reflexion und Optimierung von Prozess-, Kommunikations- und Organisationsabläufen wie auch die gezielte Personalentwicklung im Sinne einer nachhaltigen Qualitätsverbesserung des Unterrichts. Dafür werden Erkenntnisse der Wissenschaft genutzt, Materialien und Beispiele aufbereitet und Unterstützungsstrukturen aufgebaut.

Abbildung 1



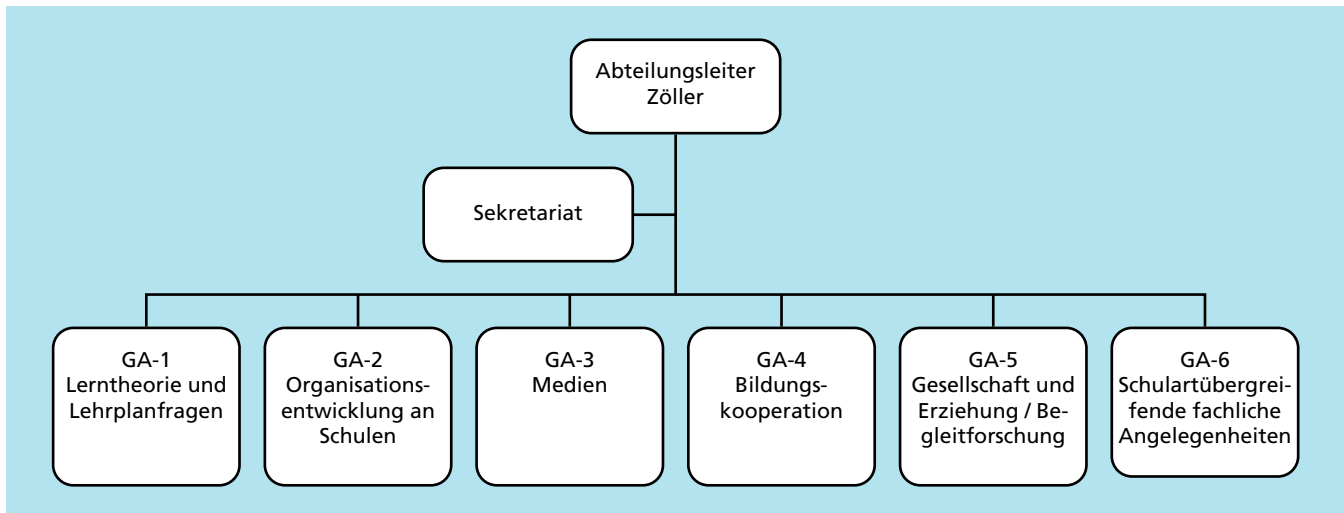


Abbildung 2

GA-3: Medien

Generelle Zielsetzung des Referats Medien ist es, Medienkompetenz und Medieneinsatz schulart- und fächerübergreifend zu fördern. Eine wesentliche Aufgabe besteht darin, ein Medienportal im Internet zu entwickeln und zu pflegen mit der Zielsetzung, die gewonnen Informationen und Erkenntnisse für Unterricht und Schule verfügbar zu machen. Es sollen exemplarisch didaktisch-methodische Materialien und Unterrichtsbeispiele zum Medieneinsatz initiiert und aufbereitet sowie medienpädagogische und informationstechnische Materialien beurteilt werden. Das Referat unterstützt medienrelevante Projekte und bietet dazu entsprechende Beratung an. Hierzu bedient sich das Referat der Erkenntnisse und Methoden der Medienforschung, medienrelevanter Institutionen und erfahrener Praktiker.

GA-4: Bildungskoope-rationen

Im Referat Bildungskoope-rationen werden auf nationaler und internationaler Ebene bildungspolitisch und schulpädagogisch relevante Entwicklungen frühzeitig beobachtet, ausgewertet und für die Bildungspolitik, das Institut sowie das Schulwesen nutzbar gemacht. Das bedeutet zum Beispiel, die verschiedenen nationalen und internationalen Förderprogramme für bayerische Bildungseinrichtungen transparent zu machen, insbesondere

durch kompetente Beratung, Kontaktmanagement und konkrete Antrags- und Projektunterstützung sowie entsprechende Informationsveranstaltungen und Publikationen.

GA-5: Gesellschaft und Erziehung/Begleitforschung

Hier werden Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Forschung beobachtet, ihr Stellenwert für Schule und Erziehung geklärt und für Lehrplanarbeit und Schulpraxis nutzbar gemacht. Weiter geht es darum, pädagogische und soziale Probleme in der Schule zu identifizieren und dafür Problemlösungen mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse vorzuschlagen, schulische Innovationen wissenschaftlich zu begleiten, die Ergebnisse auszuwerten und für die verschiedenen Zielgruppen angemessen aufzubereiten.

GA-6: Schulartübergreifende fachliche Angelegenheiten

Zu den Aufgaben dieses Referats gehört es, Themen, Probleme und Entwicklungen der einzelnen Fachbereiche in das Zentrum der Arbeit zu stellen. Dabei sollen die Anliegen im Vordergrund stehen, die das Schulsystem als Ganzes oder mehrere Schularten betreffen. Auch sollen schulartübergreifende Projekte, die den Fachbereich als Ganzes stärken und weiterentwickeln, generiert, begleitet und ggf. gemeinsam mit den Schulabteilun-

gen durchgeführt werden. Das bedeutet zum Beispiel, schulartübergreifende Aufträge zu koordinieren, zu betreuen und fachlich zu unterstützen und durch eine intensive Kooperation der Fachbereiche einen Beitrag zum interdisziplinären, fächerverbindenden und fächerübergreifenden Arbeiten zu leisten.

Das Referat gliedert sich in folgende Einzelbereiche

- Mathematik
- Deutsch einschl. Leseförderung
- Gesellschaftswissenschaften einschließlich Schulbibliotheken
- Informationstechnologie
- musisch-ästhetische Bildung
- Naturwissenschaften
- Fremdsprachen
- Sport
- Wirtschaftswissenschaften

<

Eine Analyse der Schüler-Schüler-Interaktionen im SoLe-Unterricht:

Lösen SchülerInnen beim selbstorganisierten Lernen Probleme?

JÜRGEN SEIFRIED / DETLEF SEMBILL

Problemstellung

Wie eine auf ein Schuljahr ausgelegten quasi-experimentelle Feldstudie bei insgesamt drei Klassen einer kaufmännischen Berufsschule in Bamberg gezeigt hat, gelingt eine Steigerung des Unterrichtserfolgs insbesondere dann, wenn die Kompatibilität von Lerninhalt und methodischer Gestaltung des Unterrichts gewährleistet ist. Für den Rechnungswesenunterricht gewendet bedeutet dies, dass insbesondere die Kombination des Selbstorganisierten Lernens mit der Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens (Preiß 1999) eine vielversprechende Option eröffnet, um durch eine schüleraktive und selbstorganisationsoffene Gestaltung der Lehr-Lern-Prozesse eine Steigerung der Unterrichtsqualität zu erreichen und gute Ergebnisse sowohl hinsichtlich kognitiver als auch motivational-emotionaler Erfolgskriterien zu erzielen (Seifried 2004). Als Schlüsselement gilt dabei die projektorientierte Bearbeitung komplexer Probleme in Kleingruppen. Dahinter steht die Überlegung, dass bei der Entwicklung kognitiver Fähigkeiten höherer Ordnung wie z. B. der Bildung und Überprüfung von Hypothesen Lernenden ein ausreichender Handlungsspielraum eingeräumt werden muss, damit diese eigene Problemlösungen, Antworten und Verfahrensmodalitäten entwickeln können (Sembill 2000).

Im folgenden Beitrag wird darüber berichtet, wie durch die Analyse von Schüler-Schüler-Interaktionen während schülerzentrierter Arbeitsphasen Erkenntnisse über die Abläufe von Problemlöseprozesse beim selbstorganisierten Lernen gewonnen werden können. In diesem Kontext ist

von zentralem Interesse, ob zwischen den Problemlöseaktivitäten und dem Lernerfolg ein überzufälliger Zusammenhang besteht. Aufgrund des enormen Arbeitsaufwandes insbesondere der Verschriftlichung der Schüler-Schüler-Interaktionen war aus forschungspragmatischen Gründen eine Reduktion des umfangreichen Datenermaterials (immerhin wurde die Schüler-Schüler-Interaktion während eines gesamten Schuljahres aufgezeichnet) sowie eine Beschränkung auf ausgewählte Arbeitsgruppen unumgänglich. Die im Folgenden vorgestellten Befunde basieren auf der Analyse einer gegen Ende des Schuljahres angesiedelten Unterrichtseinheit. Gegenstand dieser Lernsequenz ist in beiden Vergleichsgruppen die Bearbeitung eines Beleggeschäftsgangs (vorbereitende Abschlussbuchungen) inklusive der grafischen Aufbereitung der Daten für einen Geschäftsbericht. Insbesondere die selbstständige Bearbeitung von Beleggeschäftsgängen sowie die Interpretation der Daten erscheinen geeignet, Informationen sowohl zur Buchungskompetenz als auch zum Verständnis ökonomischer Zusammenhänge zu gewinnen. Zudem wurde – wie bereits angedeutet – in einem zweiten Schritt die Auswertung auf jeweils zwei Lerngruppen (à vier bis fünf Schülerinnen und Schüler) pro Experimentalklasse beschränkt, so dass sich eine Teilstichprobe von 18 Teilnehmern ergibt. Die Lerngruppen beider Experimentalklassen wurden im SoLe-Arrangement unterrichtet, Unterschiede bestanden jedoch hinsichtlich der fachdidaktisch-curricularen Ausrichtung: Während Experimentalklasse 1 (n = 22) einen aus curricularer Sicht eher herkömmlichen Rechnungswesenunterricht (Bilanz-

methode) durchlief, wurde die Experimentalgruppe 2 (n= 22) nach den Prinzipien des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens unterrichtet.

Zum Zusammenhang zwischen Lernerfolg und Problemlöseaktivität

Zur Ermittlung eines möglichen Zusammenhangs zwischen beobachtbarer Problemlöseaktivität und Faktenwissen (LOT = Lernzielorientierte Tests) bzw. Problemlösefähigkeit (Gesamtmaß „Analytischer Idealtypus gewichtet“ = AITG sowie qualitative Gütemaße wie deklaratives Wissen, Logik, Erfolgsaussichten der Problemlösung und Logik der Problemlösung) werden für die analysierten Unterrichtseinheiten Rangkorrelationen berechnet.¹

Die Analyse auf Basis der 18 Untersuchungsteilnehmer der Teilstichprobe unterstützt erwartungsgemäß die Vermutung einer positiven Beziehung zwischen der Problemlöseaktivität und dem Lernerfolg (Seifried 2004). Vor diesem Hintergrund wurde weiterhin untersucht, was gute von weniger guten Problemlösern unterscheidet. Hierzu wurden die Schüler in Abhängigkeit von der Problemlösekompetenz auf Basis des lerninhaltspezifischen Analytischen Idealtypus (AITG) drei gleich großen Gruppen zugeordnet (gute, durchschnittliche und schlechte Problemlöser). Dabei zeigt sich, dass insbesondere die Schüler der Experimentalgruppe 2 (wirtschaftsinstrumentelle Ausrichtung) über eine gute Problemlösekompetenz verfügen. Die Gegenüberstellung der drei Gruppen erbringt folgendes Ergebnis: „Gute“ Problemlöser

- sind 3,7-mal so häufig an der Problemdefinition beteiligt wie „schlechte“ Problemlöser (1,9-mal so oft wie die „durchschnittlichen“ Problemlöser);

¹ Positive Korrelationen besagen, dass Schüler mit einem hohen Aktivitätsniveau in der Rechnungsweseneinheit auch gute Lernleistungen aufweisen und vice versa.

- erbringen mehr als doppelt so viele Beiträge zur Problemlösung wie die „schlechten Problemlöser“ (Faktor 1,4 im Vergleich zu den „durchschnittlichen“ Problemlösern) und
- zeigen deutlich mehr Kontrollaktivitäten (Faktor 5,1 im Vergleich zu den „schlechten“ Problemlösern und Faktor 2,2 im Vergleich zu den „durchschnittlichen“ Problemlösern“).

Angesichts der fachdidaktisch-curricularen Unterschiede zwischen den Lerngruppen erscheint es in einem weiteren Schritt geboten, Korrelationsanalysen getrennt für beide Experimentalklassen durchzuführen, um Aussagen über mögliche Auswirkungen der fachdidaktischen Ausrichtung treffen zu können. Für die Experimentalgruppe 1 (SoLe und Bilanzmethode) ergibt sich lediglich ein signifikanter Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Problemdefinition und den Erfolgsaussichten der Problemlösung. Darüber hinaus zeigen sich tendenzielle Zusammenhänge (Irrtumswahrscheinlichkeit kleiner 10 %) zwischen der Häufigkeit der Handlungskontrolle und dem deklarativen Wissen, der Logik der Problemlösung und den Erfolgsaussichten.

Im Unterschied hierzu fördern die durchgeführten Korrelationsanalysen für die beiden Lerngruppen der Experimentalgruppe 2 (SoLe und wirtschaftsinstrumentelles Rechnungswesen) eine Vielzahl überzufälliger Zusammenhänge zwischen den beobachtbaren Problemlöseaktivitäten und den Indikatoren für Lernerfolg zutage (siehe Tabelle 1). Dies gilt sowohl für die Häufigkeit der Problemdefinition und der Problembearbeitung als auch für die Aktivitäten im Bereich Handlungskontrolle. Zudem sind die Korrelationen betragsmäßig höher als jene der Experimentalgruppe 1 (siehe ausführlich Seifried 2004).

Fazit

Zusammenfassend kann konstatiert werden, dass sich überzufällige Zusammenhänge zwischen Problemlöseaktivität und Lernerfolg feststellen lassen. Dies gilt jedoch in erster Linie

Tabelle 1: Rangkorrelationen zwischen den Interaktionsdaten und der Lernleistung für zwei Arbeitsgruppen der Experimentalklasse 2 (SoLe und wirtschaftsinstrumentelles Rechnungswesen)

Häufigkeit der	Lernerfolge					
	Lerninhaltspezifische Problemlösekompetenz					
	LOT	AITG	Dekl. Wissen	Logik	Erfolgsaussichten	Wissensvernetzung
Problemdefinition	.20 (.229)	.23 (.200)	.52* (.032)	.53* (.028)	.39 (.082)	.15 (.298)
Problembearbeitung	.42 (.058)	.39 (.072)	.63* (.012)	.40 (.070)	.32 (.122)	.20 (.232)
Handlungskontrolle	.31 (.124)	.44* (.048)	.57* (.020)	.46* (.046)	.38 (.084)	.37 (.086)

Einseitige Signifikanttests, Angabe des Signifikanzniveaus in Klammern.

für die Schüler der Experimentalgruppe 2 (SoLe und wirtschaftsinstrumentelles Rechnungswesen), wohingegen sich das hohe Aktivitätsniveau der Probanden der Experimentalgruppe 1 (SoLe und Bilanzmethode) nur bedingt als lernwirksam erweist. Eine entsprechende Schüleraktivität im Unterricht scheint damit insbesondere dann lernwirksam zu sein, wenn die Lerninhalte problemhaltig strukturiert sind und den Schülern eine vertiefte Auseinandersetzung mit der Materie erlauben, wie dies durch die Kombination des Selbstorganisierten Lernens mit dem wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesen angestrebt wird.

Eine weiterführende Betrachtung der Schüler-Schüler-Interaktionen zeigt, dass die Schüler im Verlauf des Schuljahres gewisse Routinen bei der Bearbeitung der Problemstellungen entwickelt haben. Das Problem wird in der Regel jeweils zu Beginn der schülerzentrierten Arbeitsphase definiert, und die Schüler achten darauf, die Lösungen prozessbegleitend auf Richtigkeit hin zu überprüfen. Insgesamt vollzieht sich die Bearbeitung der Problemstellungen in den Arbeitsgruppen effektiv und effizient. Es ist somit davon auszugehen, dass die Schülerinnen und Schüler – ungeachtet der zu beobachtenden Qualitätsunterschiede – die beim Selbstorganisierten Lernen offen stehende Handlungsspielräume genutzt haben, um

die Lernprozesse den eigenen Bedürfnissen und Interessen entsprechend zu organisieren und die im Unterricht gestellten Problem zielgerichtet zu lösen. <

Literatur

- Preiß, P. (1999): Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens. München & Wien: Oldenbourg.
- Seifried, J. (2004): Fachdidaktische Variationen in einer selbstorganisationsoffenen Lernumgebung – Eine empirische Untersuchung des Rechnungswesenunterrichts. Wiesbaden: Gabler.
- Sembill, D. (2000). Selbstorganisiertes und Lebenslanges Lernen, in: Achtenhagen, F. & Lempert, W. (Hrsg.), Lebenslanges Lernen (IV): Formen und Inhalte von Lernprozessen, Opladen: Leske + Budrich, S. 60-90.

Landesverband

Fachgruppen- und Arbeitskreise – unentbehrlicher Bestandteil der Verbandsarbeit

Zu einem Arbeitstreffen und Meinungsaustausch konnten die stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans Käfler und Alexander Liebel eine stattliche Zahl von VLB-Fachgruppen- und Arbeitskreisleitern Anfang Mai in Würzburg begrüßen.

Hans Käfler betonte in seinem Eingangsstatement die Bedeutung der Fachgruppen und Arbeitskreise für die fachliche Ebene der Verbandsarbeit, stellen sie doch ein wichtiges Bindeglied zwischen den Mitgliedern und der Verbandsspitze dar. Er bedankte sich bereits an dieser Stelle bei den Leitern für deren ehrenamtliche Tätigkeit für die Solidargemeinschaft VLB. Dass ein solches Engagement heute nicht mehr selbstverständlich ist, zeigten die letzten Wochen, als es darum ging, vakant gewordene Stellen in den einzelnen Fachgruppen oder Arbeitskreisen neu zu besetzen. In diesem Zusammenhang wurde auch bekräftigt, dass die satzungsmäßige Nachbesetzung von Fachgruppenmitgliedern durch die Bezirksvorsitzenden nur in Absprache mit den jeweiligen Fachgruppenleitern zu guten Ergebnissen führen kann.

Eine Überlegung wert ist sicher die Anregung aus dem Teilnehmerkreis, die Leiter zu den Bezirks- oder Kreisvorstandssitzungen beizuladen, um so noch mehr und schneller über das aktuelle Verbandsgeschehen informiert zu werden.

Erfreut zeigten sich Käfler und Liebel darüber, dass sich die Leiter der Fachgruppen und Arbeitskreise insgesamt positiv durch die Verbandsführung unterstützt fühlen. Natürlich ist auch der eine oder andere Wermutstropfen dabei. So wurde beispielsweise beklagt, dass es nicht immer klar sei, wer als Ansprechpartner für die Fachgruppen und Arbeitskreise im geschäftsführenden Vorstand (GV) ver-

antwortlich zeichnet – ein Problem, das auch durch die Wechsel im Vorstand verstärkt wurde. Der GV wird deshalb eine entsprechende Zuordnung neu vornehmen und den Verant-



Intensiver Gedankenaustausch der VLB-Fachgruppen- und Arbeitskreisleiter.

wortlichen zukommen lassen. Ein Teil der Fachgruppenleiter v. a. im sozialpädagogischen Bereich hat auch darunter zu leiden, dass die Einsatzschulen der Lehrkräfte von recht heterogenem Charakter sind, was eine entsprechende VLB-Präsenz erheblich erschwert. Hier könnte vielleicht durch entsprechendes Infomaterial Abhilfe geschaffen werden. Ernst zu nehmen ist auch der Einwurf eines Fachgruppenleiters, der einforderte, dass z. B. bei Änderungen der Stundentafel – Wegfall eines Faches – der entsprechende Fach-/Sachverstand mit einbezogen werden sollte.

Nach dieser Bestandsaufnahme ermunterte VLB-akzente Redakteur Martin Ruf die Anwesenden mehr „Öffentlichkeit“ für ihre Fachgruppe herzustellen. Dazu gab er Hinweise,

- wann entsprechende Terminhinweise für Veranstaltungen oder Sitzungen bei der Redaktion eingehen müssen, damit sie rechtzeitig bekannt gemacht sind,
- wie Beiträge für VLB-akzente an-

zufertigen sind (entsprechende Schreibhilfen können unter www.vlb-bayern.de/ -> akzente abgerufen werden) und

- wie Bilder (digital oder analog) anzufertigen und zu übermitteln sind.

Neben der Berichterstattung in VLB-akzente spielt zunehmend das

Internet eine bedeutende Rolle, wenn es um Informationstransport geht. Aus diesem Grund besteht für alle Fachgruppen und Arbeitskreise die Möglichkeit über VLB-online aktiv zu werden. Webmaster Hannes Münch hat dazu die entsprechenden Vorkehrungen getroffen. Wer „online“ gehen will, wendet sich unter webmaster@vlb-bayern.de an Hannes Münch und erhält die entsprechende Freischaltung und Anleitung zur Gestaltung des Auftritts. Dass dies alles sehr einfach geht, zeigte Gerhard Hacker am Beispiel des Internetauftritts seiner Fachgruppe Handel (www.vlb-bayern.de -> infos -> fachgruppen)

Mit einer erfreulichen Mitteilung leitete VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein seine Ausführungen zur aktuellen Verbandsarbeit ein: Trotz der nun feststehenden Arbeitszeitverlängerung und damit wegfallenden Planstellen werden wohl fast alle fertigwerdenden Referendare (Notengrenze: 3,5) ein Stellenangebot erhalten. Kurz ging Sauerwein auf die verschiedenen Modelle bei der Um-

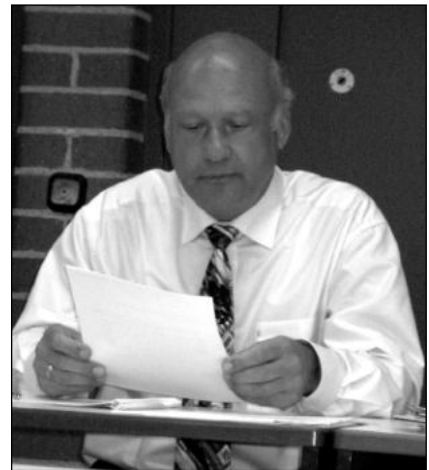
setzung der Arbeitszeitverlängerung ein. Durchgesetzt hat sich das sog. Analog-Modell wie in VLB-akzente bereits im letzten Heft berichtet. Eine nächste Herausforderung für den VLB ist nun die zu führende Diskussion um die Arbeitszeit. Daneben ging er noch kurz auf die laufenden „Problemfelder“ ein, die in VLB-akzente regelmäßig dokumentiert sind.

Bamberg ante portas – der kommende Berufsbildungskongress wirft auch für die Fachgruppen und Arbeitskreise seine Schatten voraus. Hans Käfler erläuterte kurz den Sachstand und wies auf den Termin bis 12. Juli hin, zu dem die Fachgruppen und Arbeitskreise ihre Rückmeldung zur

Gestaltung der Workshops an die Geschäftsstelle mitteilen sollen.

Zum Abschluss der Arbeitstagung fanden sich die Teilnehmer noch in Kleingruppen zusammen, um sich über ihre Fachgruppen- oder Arbeitskreisarbeit auszutauschen.

Der Tag in Würzburg habe wieder einmal gezeigt, dass die Fachgruppen und Arbeitskreise ein unentbehrlicher Bestandteil innerhalb der Verbandsarbeit sind, fasste Hans Käfler den Tag zusammen und lud die Teilnehmer noch zu einem gemeinsamen Mittagessen ein, bei dem auf der informellen Schiene noch weitere Gesichtspunkte rund um die Arbeit des VLB intensiv diskutiert wurden. *Martin Ruf*



Heiko Pohlmann: Alle Referendare in den Staatsdienst übernehmen.

bänden gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen kämpfen.

Weiter wurde moniert, dass in Oberbayern die zum 25-jährigen Dienstjubiläum möglichen zwei dienstfreien Tage im Berufsschulbereich oft nicht gewährt werden, im Gegensatz zur Handhabung in anderen Regierungsbezirken und an anderen Schularten in Oberbayern. Dahinter wird eine Absprache der Schulleiter vermutet und von Geringschätzung der von den Lehrern erbrachten Leistung gesprochen. Die Regierung von Schwaben weist im Begleitschreiben zur Urkunde ausdrücklich auf die freien Tage hin. Der Bezirkspersonalrat wird sich dafür einsetzen, dass auch in Oberbayern ein solcher Hinweis ins Begleitschreiben aufgenommen wird.

Auch über den derzeitigen Stand zu den neuen Beurteilungsrichtlinien wurde diskutiert. So soll das Mitarbeitergespräch nicht in die Beurteilung einfließen. Lediglich Zielvereinbarungen, wie z. B. das Anstreben einer Funktionsstelle, wird in die Beurteilung aufgenommen und ermöglicht den Besuch der entsprechenden Lehrgänge in Dillingen.

Interessant war auch zu erfahren, dass ab dem kommenden Schuljahr auch Betriebe BVJ-Klassen einrichten dürfen. So sucht ein Betrieb in Garmisch-Partenkirchen hierfür bereits Lehrkräfte per Zeitungsanzeige.

Als Gast referierte der VLB-Lehrerbildner Heiko Pohlmann über den neuesten Stand der Bachelor/Master-

Bezirks- und Kreisverbände

BV Oberbayern

Delegiertenversammlung mit Neuwahlen

Nach einer herzlichen Begrüßung durch den Hausherrn der FOS/BOS Freising, Jörg Matthes, legte der scheidende Bezirksvorstand seine Rechenschaftsberichte ab, die von den Delegierten per Akklamation angenommen wurden.

In den neuen Vorstand wurden jeweils einstimmig bei einer Enthaltung gewählt:

1. Vorsitzender: Rudi Keil, FOS/BOS Freising

1. Stellvertreter: Martin Jungkunz, Kfm BS II Rosenheim

2. Stellvertreterin: Monika Eichler, BS Freising

Schriftführer: Hans Sommerer, BS Pfaffenhofen/Ilm

Schatzmeister: Rudolf Roßmann, BS Schongau

Kassenprüfer: Gisela Lohr und Theo Bauch

Der alte und neue Vorsitzende Rudi Keil will sich insbesondere für eine angemessene Entschädigung der IHK-Prüfertätigkeit einsetzen und in der Aktion Schulterchluss zusammen mit den anderen Freisinger Lehrerver-



Der neue Vorstand des Bezirksverbands Oberbayern von links nach rechts: Rudolf Roßmann, Martin Jungkunz, Rudi Keil, Monika Eichler, Hans Sommerer.

Ausbildung. Im Hinblick auf die zum Teil um 30 % gestiegenen Anmeldezahlen im FOS/BOS-Bereich und die anstehende Pensionierungswelle forderte er die Übernahme aller Referendare in den Staatsdienst, notfalls übergangsweise auf 2/3- oder 3/4-Stellen. Er warnte vor einem Vertrauensverlust, wenn die Referendare, die von bayerischen Spitzenpolitikern aus festen Beschäftigungsverhältnissen für den Lehrerberuf geworben wurden, jetzt auf der Straße stehen gelassen werden. Die Folge wäre ein drastischer Rückgang der Lehramtsbewerber und eine weitere Vergreisung der Kollegien.

Wieland Schöne

MdL Ingrid Heckner beim BV Oberbayern

Die gleich zu Beginn von unserer ehemaligen stellvertretenden landesvorsitzenden Ingrid Heckner geäußerte Ansicht, dass sich bei der Arbeitszeit der Beamten nichts ändern wird, solange sich bei den Beamten nichts ändert, hat sich inzwischen leider als unzutreffend erwiesen.

„Die bayerischen Lehrer sind wütend, enttäuscht und teilweise verletzt,“ begann der Bezirksvorsitzende Rudi Keil seine Stellungnahme gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Dies sei eine Geringschätzung der Leistung, die die allermeisten Lehrkräfte erbringen. Seine Ausführungen wurden mit kräftigem Beifall bedacht.

Täglich 1.000.000 Euro an Zinsen kostet die derzeitige bayrische Staatsverschuldung, konterte Heckner und legte weitere Zahlen vor. Obwohl Bayern im Kreis der anderen Bundesländer noch vergleichsweise gut dasteht, bezeichnete sie den angestrebten ausgeglichenen Haushalt wegen der hohen Steuerausfälle als unrealistisch, trotz der Sparmaßnahmen. „Wir können nicht so weiter machen wie bisher.“

Die Verlängerung der Arbeitszeit im Bereich der beruflichen Schulen dient nicht dem Stellenabbau, sondern erfolgt aus rein finanziellen Gründen und dient der Sicherung des Status



MdL Heckner: Reformen sind immer erst dann durchsetzbar, wenn es 5 nach 12 ist.

quo in der Unterrichtsversorgung. Im kommenden Schuljahr werden mehr Lehrer eingestellt als in den Ruhestand gehen. Heckner stellte in Aussicht, dass so gut wie alle Referendare übernommen werden, vorübergehend zum Teil auf 2/3-Stellen. Zur Vollversorgung müssten zusätzlich noch ca. 800 Lehrkräfte eingestellt werden, aber hierfür sind weder Lehrer noch Planstellen vorhanden. Der nächste Lehrermangel im Bereich der beruflichen Schulen ist bereits vorhersehbar.

Auf die Frage nach den Aussagen der Staatsregierung vor der Wahl und nach der Wahl wies Ingrid Heckner auf den oft übersehenen Halbsatz Stoibers hin: „... wenn sich die finanzielle Situation nicht weiter drastisch verschlechtert.“ Bayern hat in 2004 ca. 1,6 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen als in 2003.

Es ist bekannt, dass die Gesundheit der Lehrer unter der zusätzlichen Belastung leiden kann. Dies wird vor allem auf verschiedene Stresssituationen zurückgeführt. In Dillingen wird bereits an Maßnahmen zur Stressbewältigung gearbeitet. Lehrer setzen sich oft selbst unter Stress, weil sie immer alles noch besser machen wollen.

Die Landtagsabgeordnete will sich für mehr Gerechtigkeit in der Arbeitszeit der Lehrer einsetzen und nannte in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich die Fachlehrer. So wird bereits an verschiedenen Modellen gearbeitet und die Lehrerverbände sind zur Stellungnahme aufgefordert.

Wieland Schöne

KV Oberbayern-Nordwest und -Südwest

Mitgliederversammlung

„Die Berufsschulen leisten gute Arbeit, aber unter schwierigen Bedingungen,“ war das Thema des Referats von Michael Waidhauser von der Regierung von Oberbayern. Die anschließende Diskussion drehte sich um Fragen, die inzwischen von der Realität eingeholt wurden: Arbeitszeitverlängerung, Einstellungssituation der Referendare und Lehrerverversorgung, neues Beurteilungsverfahren, Mehrarbeitsabrechnung usw.

Wichtig bei Altersteilzeit im Blockmodell: Wer in der Unterrichtsphase längere Zeit krank ist, muss den aus-



Die neuen Kreisvorsitzenden: Karl-Heinz Seitzinger (links) und Horst Grünewald.

gefallenen Unterricht möglicherweise nachholen. Auch in der Freistellungsphase ist man noch aktiver Beamter: Bei längerer Krankheit kann die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand erfolgen. Die genauen Regelungen kennen die Bezirksfinanzdirektionen.

Neuwahlen

Die neuen Kreisvorsitzenden sind Horst Grünewald von der BS Dachau für Obb.-Nordwest und Karl-Heinz Seitzinger von der BS Herzogsägmühle in Peiting für Obb.-Südwest.

Wieland Schöne

KV Niederbayern-Ost

Neuwahlen und Ehrungen beim KV Niederbayern-Ost

Schwerpunkte der diesjährigen Kreisversammlung waren die Wahlen des KV-Vorstandes sowie der Delegierten für den Bezirk und die Vertreterversammlung des Landesverbandes, die Ehrung langjähriger Mitglieder und eine EntschlieÙung zum Thema Arbeitszeiterhöhung für Lehrer.

Vorsitzender Josef Sigl ging in seinem Rückblick auf die Schwerpunkte der Arbeit der vergangenen vier Jahre ein, wobei der Berufsbildungskongress 2002 in Passau der Höhepunkt war – es gab viel Arbeit, aber am Ende auch viel Lob und Anerkennung!

Die Neuwahlen brachten folgendes Ergebnis:

Als Vorsitzender wiedergewählt wurde Josef Sigl von der BS II Passau. Seine Stellvertreter sind Albert Heider, BS I Passau und wie bisher Hans Kovarik, BS Vilshofen. Schriftführer wurde Manfred Kuhn, BS Vilshofen und Schatzmeister bleibt Robert Setzer, BS II Passau.

Außerdem wurden 12 Delegierte für die Bezirksversammlung und 5 Delegierte für den Berufsschultag gewählt.

Ein angenehmer Teil des Abends war die Ehrung langjähriger Mitglieder. So wurden geehrt:

Für 30 Jahre Mitgliedschaft: Rudi Heider, Wolfgang Saam und Max Weidgans, für 40 Jahre: Renate und

Heinz-Jürgen Botzlar, Marianne Behrer, Ilse Weileder, für 50 Jahre: Ehrenmitglied Maria Feldl, Alois Eder und Edeltraud Holzinger. Alle Jubilare erhielten eine Urkunde und ein Präsent.

Aber auch die Bildungspolitik kam nicht zu kurz: Eine EntschlieÙung des Kreisverbandes, an die örtlichen Abgeordneten gerichtet, soll auf Probleme und Missstände aufmerksam machen, wie z. B. die geplante Arbeitszeiterhöhung für Lehrer, die teilweise unzureichende Prüfervergütung bei den Kammerprüfungen oder die Altersteilzeit u. Altersermäßigung.

Hans Kovarik



Der neue Kreisvorstand (vorne von links) Albert Heider, Josef Sigl, Hans Kovarik, (hinten von links) Robert Setzer, Manfred Kuhn, stellvertretender Landesvorsitzender Hans Käfler.

KV Donau-Wald

Mitgliederversammlung

Der Kreisverband Donau-Wald, der mitgliedermäßig die Berufsschulstandorte Straubing, Deggendorf, Regen und Zwiesel abdeckt, veranstaltete am 1. April seine Jahrsversammlung mit Neuwahlen in Deggendorf-Natternberg. Das Hauptthema „Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement“ passte dabei wie die Faust aufs Auge zur aktuell anvisierten Arbeitszeitverlängerung für Beamte in Bayern, von der auch die Lehrkräfte durch eine Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit ab dem neuen Schuljahr betroffen sein werden.

Kreisvorsitzender Wilhelm Stelzl führte dazu aus, dass Qualität an Schulen auch von den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten abhängt, wobei eine weitere Erhöhung des wöchentlichen Pflichtstundenmaßes die Lehrkräfte bis aufs Äußerste belasten werde. Unabhängige Studien zur Lehrerarbeitszeit hätten schon vor Jahren eine Jahrestundenzeit für Lehrkräfte festgestellt, die erheblich über der der „Normal“-Beschäftigten liegen würde. Zunehmende Einschränkungen freiwilliger Leistungen, mehr Krankheitsfälle und vorzeitige Ruhestandsversetzungen seien somit schon jetzt vorhersehbar. Weiter erwähnte Stelzl, dass durch



Stellvertretender Landesvorsitzender Hans Käfler und der KV-Vorsitzende Josef Sigl mit den Jubilaren (hinten von links) Ehrenmitglied Maria Feldl, Wolfgang Saam, Edeltraud Holzinger, Max Weidgans, Rudi Heider, (vorne von links) Marianne Behrer, Heinz-Jürgen Botzlar, Ilse Weileder, Renate Botzlar, Alois Eder.



Die neue Vorstandschafft (von links): Werner Wiere, Josef Zeller, Wilhelm Stelzl, Peter Sagstetter und Udo Harttaler.

diese einschneidende Maßnahme eindeutige Zusagen aus der Zeit vor den Landtagswahlen gebrochen und fachwissenschaftliche Argumente zur Lehrergesundheit beiseitegeschoben worden seien. Insgesamt werde dadurch das Vertrauensverhältnis der Lehrkräfte zur Staatsregierung schwer belastet. Besonders spüren werden die Auswirkungen der Arbeitszeitverlängerung und ein damit einhergehender deutlicher Verlust an Planstellen die Referendare, die bisher mit guten Chancen auf Übernahme rechnen konnten. „Vor zwei Jahren hat man noch fast 200 Bewerber aus der Wirtschaft im Rahmen einer Sondermaßnahme in das Lehramt an beruflichen Schulen gelockt. Bei diesen Leuten und bei den bodenständig ausgebildeten Referendaren geht mittlerweile die Angst um“, so Stelzl.

Zur Verdeutlichung der speziellen Anliegen der Lehrer an beruflichen Schulen verabschiedeten die Teilnehmer der Kreisversammlung einen Entschließungsantrag, gerichtet an den CSU-Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag Joachim Herrmann. Auch die niederbayerischen Abgeordneten aus den Stimmkreisen Straubing, Deggendorf und Regen werden um Unterstützung gebeten.

Stellvertretender VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler referierte anschließend über das an seiner Schule praktizierte systematische Schulentwicklungsmodell EFQM. Die Abkürzung stehe für „European Foundation for Quality Management“ und sei ein bewährtes Modell, das als Grundlage für systematische Verbesserungsarbeit in Organisation geeignet sei. Anhand

zahlreicher Beispiele aus seiner Schule zeigte Käfler, dass die Selbstbewertung nach dem EFQM-Modell auch einer Schule die Möglichkeit böte, zu erkennen, wo ihre Stärken und Schwächen anzutreffen seien. Dabei würde das gesamte Kollegium im Rahmen einer inneren Schulentwicklung einen deutlichen Motivationsgewinn aus dem Miterleben und Mitgestalten gewinnen können, so Käfler.

Die anschließenden Neuwahlen des Kreisverbandes brachten folgendes Ergebnis:

Kreisvorsitzender Wilhelm Stelzl, BS II Straubing, Gleichberechtigte Stellvertreter Udo Hartthaler, BS II Straubing, und Josef Zeller, BS III Straubing, Schriftführer Peter Sagstetter, BS I Straubing, Schatzmeister Werner Kiese, BS II Straubing.

Wilhelm Stelzl

KV Bamberg/Forchheim

Geplante Anhebung der Unterrichtspflichtzeit für Lehrkräfte scharf kritisiert

Zwei Tagesordnungspunkte dominierten die Jahresversammlung des Kreisverbandes.

Zum einen standen Neuwahlen für den Kreisvorstand an, zum anderen berichtete Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm über aktuelle Themen im beruflichen Schulwesen. Vor der Neuwahl ehrte sie zusammen mit dem Kreisvorsitzenden Pankraz Männlein langjährige Mitglieder. Dies waren für stolze 55 Jahre Rosemarie Gräbel, für

50 Jahre Helmut Wendler, für 40 Jahre Gerhard Schneider und Harald Suffa sowie für 25 Jahre Clemens Binder, Martin Mattausch, Klaus Morawitzky und Hans Niedermaier.

Pankraz Männlein als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt

Ohne Gegenstimmen wurde der alte Vorstand entlastet. Da die Anwesenden mit der Arbeit des gesamten Vorstandsteams zufrieden waren, wurde dieser wieder im Amt einstimmig bestätigt. Im Einzelnen waren dies: Kreisvorsitzender Pankraz Männlein, Stellvertreterin Barbara Schnackig, Stellvertreter Reinhold Krause, Schriftführer Bernd Krügel und Schatzmeister Uwe Bauder.

Die Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm bedankte sich beim alten und neuen Vorstand für die geleistete Arbeit und referierte im Anschluss zum Thema „Aktuelles aus dem Beruflichen Schulwesen“. Die geplante Anhebung der Unterrichtspflichtzeit in Bayern – es wäre dann bereits die dritte Erhöhung innerhalb von zehn Jahren – erschüttert das Vertrauen zwischen Staatsregierung und Lehrerschaft grundlegend, weil bereits 1994 eine Erhöhung um eine Unterrichtsstunde angeordnet wurde, die von den Kolleginnen und Kollegen „finanziert“ war. „Wenn auch die Unterrichtspflichtzeit steigen sollte, so lässt sich doch die Arbeitszeit der Lehrer insgesamt nicht weiter erhöhen!“, so die Bezirksvorsitzende energisch. Mehrere Gutachten in verschiedenen Bundesländern belegen nämlich eindeutig, dass die durchschnittliche Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen momentan bei weit mehr als 1.800 Zeitstunden pro Jahr liegt – zweifellos eine Belastung, die sich nicht mehr weiter erhöhen lässt. So werden dann derart überlastete Lehrerinnen und Lehrer viele der bisher geleisteten freiwilligen Arbeiten aus Zeitgründen aufgeben müssen. Dr. Rehm hierzu abschließend: „Eine Lehrerarbeitszeit am oberen Limit wirkt völlig kontraproduktiv für die Gesundheit aller Lehrer in Bayern!“ Im Hinblick auf die Zeit der Prüffertigkeit der Lehrkräfte bei der Ab-



Auf dem Bild (von links) der neu gewählte Kreisvorstand zusammen mit der Bezirksvorsitzenden Dr. Angelika Rehm: Schriftführer Bernd Krügel, Kreisvorsitzender Pankraz Männlein, die stellvertretenden Kreisvorsitzenden Barbara Schnackig und Reinhold Krause sowie Schatzmeister Uwe Bauder.



Auf dem Bild (von links): Schatzmeister Uwe Bauder, Helmut Wendler, Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm, Clemens Binder, Rosemarie Gräbel, Harald Suffa, Gerhard Schneider, Martin Mattausch, Hans Niedermaier, Kreisvorsitzender Pankraz Männlein sowie die stellvertretenden Kreisvorsitzenden Barbara Schnackig und Reinhold Krause.

nahme von Abschlussprüfungen der Schülerinnen und Schüler im Auftrag der Kammern forderte die Bezirksvorsitzende: „Entweder wird den Lehrkräften in Zukunft die Prüfertätigkeit bei der Industrie- und Handelskammer angemessen vergütet oder sie wird in die Unterrichtspflichtzeit integriert!“

Ein weiteres Thema waren die neuen Beurteilungsrichtlinien, die eine Anhebung des Beurteilungsalters bis 55 Jahre vorsehen und insgesamt sieben Beurteilungsstufen umfassen. Künftig soll auch das Mitarbeitergespräch mit in die Beurteilung einfließen, womit diesem die Vertrauensbasis entzogen wäre!

VLB-Berufsbildungskongress in Bamberg

Zum Schluss wies die Bezirksvorsitzende auf den dieses Jahr in Bamberg statt findenden VLB-Berufsbildungs-

kongress im Herbst hin. Die Hauptveranstaltung findet mit Staatsministerin Monika Hohlmeier im E.T.A.-Hoffmann-Theater statt.

Im Anschluss und bereits während des Vortrags kam es zu angeregten Diskussionen, bei denen einige Kernprobleme aufgegriffen und vertieft wurden. Darüber hinaus stand die Bezirksvorsitzende auch für weitere Fragen und Probleme der Mitglieder Rede und Antwort. *Bernd Krügel*

Referate und Fachgruppen

FG Religion

Religiöse Bildung – beruflich relevant?

Der Deutsche Katecheten-Verein mit Sitz in München veranstaltete im Haus der Begegnung in Innsbruck vom 25. März bis zum 27. März 2004 sein 11. Berufsschulsymposium. Diese Begegnung von Experten des Religionsunterrichts an berufsbildenden Schulen im deutschsprachigen Bereich findet alle zwei Jahre statt und konnte in diesem Jahr weit über Hundert Vertreter von Hochschulen, Verbänden, Kirchen und Schulaufsicht zueinander führen. Das Leitthema des Symposiums war: Religionsunterricht zwischen Lernfeldern, Modulen und Allgemeinbildung. Neben dem Katecheten-Verein kooperierten als Veranstalter: die Religionspädagogischen Institute der Diözese Innsbruck und Graz, das Pädagogische Institut des Landes Tirol – Abteilung Berufsschulen, der Verband Katholischer Religionslehrer an Berufsbildenden Schulen (VKR) und der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB).

Die ehemaligen Leiter der Fachgruppe Religion im VLB, Prälat Lorenz Heilmann aus Würzburg, und Franz Schneider aus Augsburg gehören zu den Gründungsmitgliedern dieses Symposiums und beteiligten sich auch in diesem Jahr wieder aktiv an der Vorbereitungsgruppe. Weitere VLB-Teilnehmer waren Dr. Michael Persie, Hartmut Garreis, Hans Kovarik und Dr. Burkhard Rosenzweig.

Begrüßt wurden die Teilnehmer von Magister Meinrad Fischer, dem Direktor des Religionspädagogischen Instituts Innsbruck. Anschließend referierte Dr. Dr. Klaus Kießling vom neu aufgebauten „Institut für berufsorientierte Religionspädagogik, Tübingen“ über „Chancen und Hindernisse religiösen Lehrens und Lernens



Bildeten die bayerische Delegation: (Von links) Hartmut Garreis, Hans Kovarik, Prälat Lorenz Heilmann, Dr. Michael Persie, Prof. Reinhard Bader und Franz Schneider.

an berufsbildenden Schulen. Ergebnisse einer bundesweiten empirischen Untersuchung“. Die Ausführungen sind in seiner kürzlich veröffentlichten Habilitationsschrift mit dem Titel „Klaus Kießling, Zur eigenen Stimme finden. Religiöses Lernen an berufsbildenden Schulen, (Ostfildern, Schwabenverlag 2004) nachzulesen. Sein Thesenpapier eröffnete mit der Aussage: „Die Qualität des Religionsunterrichts resultiert primär aus der Qualität der darin lebendigen Beziehungen: der Lehrkräfte zu sich selbst, zwischen Lehrenden und Lernenden, schließlich der Schülerinnen und Schüler untereinander“. Die dritte These gipfelte in der Feststellung: „Religiöses Lernen duldet keine berufliche Verzweckung, spielt aber auf dem indirekten Weg der Persönlichkeitsbildung mit beruflichem Lernen zusammen, insbesondere in der Auseinandersetzung mit der theologischen Würde der Arbeit und der Menschen ohne Arbeit“.

Am folgenden Tag setzte sich Berufsschullehrer und Publizist Dr. Kuno Füssel aus Koblenz kritisch mit dem „Primat der Ökonomie und seiner vorherrschenden ideologischen Gestalt“ auseinander. Er kritisierte „die Bildungsoffensive der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) als Musterstück „neoliberaler ideologischer Intervention“. Als Dialogpartner referierte Ing. Peter Rathgeber, Unternehmer und Vizepräsident der Wirtschaftskammer Tirol, über Unternehmenstugenden und Qualifikationen in einem mittelgroßen Familienunternehmen. Während der angeregten Diskussion wehr-

te sich Dr. Füssel gegen das didaktische Chaos einer Ökonomisierung der Bildung durch die Wirtschaft. Seine These für den Religionsunterricht im Klassen – Kampf: Nicht nur den Unterricht vorbereiten, sondern vor allem sich (!) vorbereiten.

Den VLB – Mitgliedern bestens bekannt, befasste sich Prof. Reinhard Bader von der Universität Magdeburg mit dem Thema: „Lernfelddidaktik und Religionspädagogik“. Neben der Handlungsorientierung als lerntheoretischem und didaktischem Konstrukt und den Systemebenen didaktischer Planung und Entscheidung sprach er die Verknüpfung der Religionslehre mit dem berufsbezogenen Lernbereich auf der Mesoebene didaktischer Entscheidungen an. Er stellte Themenbereiche des Grundlagenplans dem Rahmenlehrplan für Industriekaufleute gegenüber und empfahl die Weiterentwicklung des Lernfeld – Konzepts.

Am Nachmittag vertieften neben den Workshops der Referenten weitere Aspekte die Thematik des Symposiums: „Vom Sinn und Unsinn der Arbeit. Die Sinnfindung der Arbeit im Religionsunterricht der Berufsschulen“ von Magister Matthias Walter, „Neuer Lehrplan für Religionsunterricht an Berufsschulen in Österreich“ von Mag. Rudolf Liedl und Prof. Helga Kohler-Spiegel, „Der Religionsunterricht an der Berufsschule München-Langwied“ mit den Berufsschullehrern Peter Appelt und Alfred Hoffmann.

Der lange Arbeitstag klang aus mit einem Gottesdienst, den der neue Innsbrucker Erzbischof Dr. Manfred

Scheuer zelebrierte. Gerne nahmen die Teilnehmer seine Einladung zum Abend der Begegnung an, der ausgesprochen „tirolerisch“ gestaltet wurde.

Den letzten Kongresstag gestaltete der Innsbrucker Universitätsprofessor und Pastoraltheologe Wolfgang Palaver mit einem geschliffenen Referat über die Theologie der Arbeit an Hand der KAB-Prinzipien: Sehen – Urteilen – Handeln. Ein weiteres Gründungsmitglied des Symposiums, Professor Gerd Birk, ehemaliger Referent für berufliche Schulen am Religionspädagogischen Zentrum in München, beschloss die Tagung mit einem Rückblick auf die 23-jährige Geschichte des Berufsschulsymposiums Religionsunterricht an der Berufsschule. Landeskirchenrat Dieter Bogelud zum „Ökumenischen Expertengespräch zum Religionsunterricht an Beruflichen Schulen“ vom 9. bis 12. Juni 2004 nach Brüssel ein. Hier geht es um „Theologische Perspektiven in der Beruflichen Bildung in Europa“ im Institute of Cultural Affairs.

Hinweis: Unterlagen zu den Referaten und Veranstaltungen erhalten Sie bei Dr. Michael Persie. (Michael.Persie@t-online.de).

Dr. Michael Persie

AK FOS/VBOS

FOS 13 – Konsequente Weiterentwicklung der Fachoberschule

Um über 50 Prozent hat die Zahl der bayerischen Fachoberschüler in den letzten 10 Jahren zugenommen. Die 11. Klassen verzeichneten allein im Schuljahr 2003/04 einen Schülerzuwachs von 16 Prozent. Ca. 30.000 Schüler besuchen derzeit die Fachoberschulen in Bayern. 39 Prozent der Hochschulzugangsberechtigungen werden zurzeit an dieser Schulart erworben.

Bei der 34. Delegiertenversammlung der Landeselternvereinigung der Fachoberschulen (LEV-FOS) sprach Kultusministerin Monika Hohlmeier



Bei der Delegiertenversammlung der LEV-FOS, von links: Holger Ringholz (MB-Süd), Gert Münchmeier (MB-Nord), Georg Feiler (LEV-FOS), Dr. Rudolf Halbritter (KM), Monika Hohlmeier, Staatsministerin für Unterricht und Kultus, Ludwig Findler (LEV-FOS), Dorothea Weidinger (MB-Ost), Wolfgang Schreck (LEV-FOS).

deshalb von der „Erfolgsgeschichte“ der Fachoberschule: „Immer mehr Schülerinnen und Schüler sehen in dem Weg über die beruflichen Schulen eine attraktive Alternative zum allgemein bildenden Schulwesen.“ Durch den Schulversuch FOS 13 erhielten leistungsstarke Schülerinnen und Schüler die Chance, die fachgebundene oder – in Verbindung mit ausreichenden Kenntnissen in einer zweiten Fremdsprache – die allgemeine Hochschulreife zu erhalten.

„Die FOS 13 ist ein wichtiger Schritt zu einer stärkeren Durchlässigkeit innerhalb des bayerischen Schulwesens“, betonte die Ministerin und hob das Profil der Fachoberschule hervor: „Die FOS 13 ist kein Mini-Gymnasium. Sie bietet qualitativ einen gleichwertigen, aber nicht gleichartigen Abschluss für die Hochschulen. Die FOS ist eine berufliche Schule, die berufsorientiertes, fachtheoretisches sowie allgemein bildendes Wissen bestens verbindet“.

Sowohl die Integration junger Menschen mit unterschiedlichen schulischen Werdegängen als auch die steigenden Schülerzahlen stellten für die Fachoberschulen eine große Herausforderung dar. „Ich möchte hier den Eltern als auch den Lehrkräften für ihre Unterstützung danken. Wir wissen um die teilweise räumlichen und personellen Engpässe an den Fachoberschulen und haben daher eine Reihe von Maßnahmen ergriffen“, betonte die Ministerin.

Sie verwies darauf, dass in den vergangenen Jahren Stellen und Mittel für 313 zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung gestellt worden seien. Auch die

Einführung der Notenhürde von 3,5 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik zum Schuljahr 2001/02 sprach sie in diesem Zusammenhang an und dankte der Landeselternvereinigung dafür, dass sie die Einführung der Notenhürde mitgetragen und sich auch bei anderen Fragen immer als sehr konstruktiver Gesprächspartner gezeigt habe.

Nach der Rede der Staatsministerin verabschiedete die Landeselternvereinigung den langjährigen FOS/BOS-Referenten im Kultusministerium, Ministerialrat Dr. Rudolf Halbritter. Vorsitzender Ludwig Findler hob hervor, dass Dr. Halbritter seit 20 Jahren bei jeder LEV-Jahresversammlung dabei gewesen sei und sich mit Rat und Tat für die Belange der Eltern und Schüler eingesetzt habe. Er sprach ihm im Namen der Landeselternvereinigung seinen herzlichen Dank für die vielen Jahre der guten Zusammenarbeit aus.

Hansjörg Bosch

FG Hauswirtschaft

Beste Hauswirtschafterin Deutschlands kommt aus Bayern

„Der Welttag der Hauswirtschaft“, der in diesem Jahr auf den 21. März 2004 fiel, war zugleich das Motto des Bundesleistungswettbewerbs für Auszubildende in der Hauswirtschaft am 26./27. März 2004 in Aschaffenburg.

Angereist waren 18 Teilnehmerinnen und ein Teilnehmer aus 11 Bun-

desländern. Die Besten der Besten – alle hatten sich bereits im heimatischen Bundesland bei den Landesentscheiden die ersten Plätze erobert – wollten in einem Leistungswettbewerb den Bundessieger ermitteln.

Die Teilnehmerinnen mussten neben schriftlichen Fachfragen im Rahmen einer Teamaufgabe vor allem ihre Sozialkompetenz unter Beweis stellen, die Öffentlichkeit über die Angebotspalette des eigenen Betriebs informieren, Tischschmuck für die Siegesfeier am Abend herstellen und die Ergebnisse in einer Präsentation mit Hilfe verschiedenster Medien als angehenden Dienstleister kreativ darstellen.

Die Aufgabe in der Speisenzubereitung lautete:

Ihr Betrieb/Ihre Schule bietet einen Partyservice an. Am Welttag der Hauswirtschaft findet im Kongresszentrum eine Fachtagung statt, die am Abend mit einem kalten und warmen Buffet abgeschlossen wird. Sie werden beauftragt, für 8 Personen Speisen herzustellen. Für den Buffetaufbau verfassen Sie eine genaue Anweisung.

Was entstand, war ein Fest für die Sinne und zeigte einmal mehr das hohe Ausbildungsniveau aller Teilnehmer!

Anna Maria Liehr aus Bayern errang den 1. Platz, Stefanie Deck aus Baden-Württemberg den 2. Platz und Liane Unrau aus Nordrhein-Westfalen den 3. Platz. Die Siegerinnen aber auch alle anderen Teilnehmerinnen und der Teilnehmer freuten sich über wertvolle Geschenke.

Es zählte aber bei diesem Wettbewerb für alle Teilnehmer nicht nur der materielle Siegerpreis, sondern vor allem der persönliche Gewinn. Die bis dahin unbekanntenen Konkurrenten wurden zu Freunden, der Austausch untereinander erweiterte das Wissen und die Angst vor der bevorstehenden Berufsabschlussprüfung wich der Sicherheit und der Gewissheit: Hürden sind dazu da, um überwunden zu werden. Wir sind dabei!

Der Bundesleistungswettbewerb als Maßnahme zur Qualitätssicherung in der Erstausbildung zur Hauswirtschafterin rückte das Berufsfeld Haus-

wirtschaft ins rechte Licht. Die Verschiedenartigkeit der Aufgaben spiegelt die Vielfalt der beruflichen Einsatzmöglichkeiten ebenso wieder wie die gesamtgesellschaftliche Bedeutung hauswirtschaftlicher Leistungen. Oft unterschätzt und selten angemessen gewürdigt, bildet der Beruf HauswirtschafterIn die Basis zur persönlichen Versorgung der eigenen Familie

und großer Personengruppen in Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung.

Dem ausrichtenden Verband der Meisterinnen und Meister der Hauswirtschaft e.V. sei ebenso gedankt wie allen Beteiligten und der Berufsschule III Aschaffenburg für die Ausrichtung, die Gastfreundschaft und die großartige Unterstützung. *Dorothea Helbig*

beitgebern, unterstützt von weiteren Wirtschaftsverbänden. Die Identität des „Instituts der deutschen Wirtschaft“ (IDW) bedarf keiner Erklärung. *Berthold Schulter*

FG Handelsberufe

Neuordnung im Einzelhandel

Sie finden Daten zur Neuordnung im Einzelhandel, die Protokolle der letzten Sitzungen sowie die aktuell diskutierten Themen im Internet unter www.vlb-bayern.de, Rubrik INFOS > FACHGRUPPEN. Gerhard Hacker, FG-Leiter (Hacker.B4@t-online.de)

Senioren

Die außerparlamentarischen „Noch-Besser-Wisser“

In diese bereits schlimme, zur Zeit immerhin Richtung „Beruhigung“ tendierende Situation platzt nun eine neue Studie – eine von inflationistisch vielen; aber weil sie ein altes Vorurteil bedient – die Beamten sind ungerechtfertigt privilegiert – findet sie in den Medien große Aufmerksamkeit – obwohl sie kaum Neues bringt:

Die Ergebnisse der Studie:

1. Die Altersbezüge der Staatsdiener „entwickeln sich zum größten Sprengsatz in den öffentlichen Haushalten“.
2. Der Versorgungsbericht der Bundesregierung sei falsch, er habe die Zukunft zu optimistisch gezeichnet.
3. Die Pensionen müssen drastisch gekürzt werden.
4. Das sei im Vergleich zu den Renten auch vertretbar; das durchschnittliche Versorgungsniveau von Pensionisten 2003 habe 2 200 Euro betragen, das von Rentnern 1 175 Euro.

5. Die Zahl der beamteten Versorgungsempfänger sei seit 1990 um 24 % auf mittlerweile 1.361.300 gestiegen.

Die angeblich wissenschaftlich fundierten Ergebnisse sind, wie gesagt, nicht neu, aber trotzdem durch die Bank – durch Weglassen, Überpointierung, falsche Ausgangszahlen – falsch, z. B. das publikumswirksamste „Ergebnis“ 2004. Hier wird „Unvergleichbares“ verglichen: Viele Beamtenberufe setzen – verglichen mit Berufen in der freien Wirtschaft – wesentlich häufiger ein Studium voraus. Vergleicht man die Altersversorgung von Beamten mit der von Akademikern in der freien Wirtschaft, so sieht das Ergebnis ganz anders aus – ein Ergebnis, das uns in anderer Zeit – des „armen“ Beamten – hinreichend Hohn und Spott eingetragen hat. Hier übertreffen die Freiwirtschaftler die Beamten ganz erheblich!

Natürlich zum „Bild“ gehört auch hoch der Auftraggeber der Studie:

„Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“, getragen von den Metall-Ar-

Kleinvieh macht auch Mist

Einerseits: Das Macht(?) - Wort des Kanzlers Gerhard Schröder – „die Grenzen der Belastbarkeit sind erreicht“ (Mitte März 2004) lässt erwarten, dass weitere spektakuläre – leicht erkennbare – Belastungen der Arbeitnehmer nicht zu erwarten sind.

Andererseits: Das Kusch-Wort des designierten Parteivorsitzenden Muntefering – „Der Reformkurs wird ohne Abstriche durchgezogen“ (dito Mitte März 2004) lässt den Schluss zu, dass die Durchführung der ja bereits in großem Umfang beschlossenen „Grausamkeiten“ in Zukunft in homöopathischen Dosen verabreicht werden (sollen).

Was durch bereits beschlossene Maßnahmen auf uns zukommt werden sie nun spektakulär oder homöopathisch vollzogen – ist zwar durchgesickert, aber durchaus noch nicht Allgemeingut.

- Prof. Fritz Rürup (Vorsitzender der Rürup-Kommission) hat bereits im August 2003 (Quelle: BRH-Monatschrift „Aktiv in den Ruhestand“ Heft 09/03 S. 8 – vgl. auch Schulter in vlb-akzente 12/2003 S. 34) die Kürzungen der Renten seit 1992 – 2030 mit etwa 40 % angegeben.
- Prof. Miegel bezifferte die Kürzungen am 08. 03. 2004 im Frühstücksfernsehen auf 50 %!

Die Beschlüsse des Deutschen Bundestages am 11. 03. 2004 weisen in die Richtung, sind aber doch wieder nur ein fauler Kompromiss: Um die eigene Mehrheit zu sichern, sah die Regierung von ihrem Plan ab, das „Mindestbruttorentenniveau“ bis 2020 auf 46 % und bis 2030 auf 43 % festzusetzen – bei gleichzeitiger Deckelung der Beitragssätze auf höchstens 22 % bis 2030. Der Kompromiss: eine Sicher-

heitsklausel verpflichtet nun die Regierung, bei Erreichen von 46 % „einzugreifen“. Wie? Fehlanzeige. Auch den Kompromißlern sind die Prognosen der Fachleute bekannt (unter Anerkennung sicher nicht sicherer Prämissen): 46 % Mindestniveau erfordern rund 24 % Beitragssatz! Sehenden Auges demontiert die Politik ihre Glaubwürdigkeit weiter.

Kern der Rentenreform vom 11.03.2004 ist die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors in die „Rentenformel“. Er soll dazu führen, dass die Alterseinkünfte künftig generell langsamer

steigen als Löhne und Gehälter. Der Faktor berücksichtigt das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern. Dieses Verhältnis wird sich weiter verschlechtern, weil es zunehmend mehr alte und weniger junge Menschen gibt. Auch das Verhältnis von nicht beitragszahlenden Arbeitslosen und beitragsleistenden „Arbeitenden“ geht in diese Rechnung ein. Der Nachhaltigkeitsfaktor ersetzt den Ende der neunziger Jahre von der Union eingeführten, von der rot-grünen Nachfolgeregierung jedoch gestrichenen Demographiefaktor. *Berthold Schulter*

durch Ihre Tätigkeit in zahlreichen Verbänden und Arbeitskreisen tragen Sie dazu bei, Ihre innovativen Vorstellungen für die Berufsschulen in die Tat umzusetzen und die Chancen für Jugendliche ... zu verbessern. Dies gilt auch für Ihre Tätigkeit als Jugendschöffin. Über Ihre berufliche Tätigkeit hinaus engagieren Sie sich in großem Umfang ehrenamtlich, vor allem im musikalischen Bereich.“

„Für Ihre großen Leistungen und Verdienste verleihe ich Ihnen den Bayerischen Staatspreis für Unterricht und Kultus“, so Kultusministerin Monika Hohlmeier zum Abschluss ihrer Laudatio.

Der VLB kann sich diesen Ausführungen nur anschließen und gratuliert ebenfalls herzlich. *-vlb-*

Personalien

Verleihung des Staatspreises für Unterricht und Kultus an Annemarie Harter

„Sehr geehrte Frau Harter, als Sie am Beginn dieses Jahres aus Ihrem Amt als Schulleiterin des Berufsbildungszentrums für Hauswirtschaft, Textil, Kinder- und Sozialpflege Augsburg ausgeschieden sind, haben Sie dort eine große Lücke hinterlassen. Denn Sie leiteten das Berufsbildungszentrum seit 1983 mit großer Bereitschaft zu Innovationen, mit Engagement und Erfolg. Es ist Ihnen gelungen, Ihre hohe Motivation auf das Kollegium zu übertragen, in dem Eigeninitiative und Bereitschaft zum Zupacken herrscht sowie die Bereitschaft, sich mit Ihnen für junge Menschen einzu-

setzen. Diesem wichtigen Arbeitsfeld haben Sie sich stets in besonderer und herausragender Weise gewidmet.“

Es wurden besonders erwähnt:

- die neuen pädagogischen Ansätze im Unterricht,
- das Projekt „Arbeit und Lernen“,
- das fächerübergreifende Projekt „Schüler für Schüler“, bei dem eine „Schüler-Firma“ selbständig und eigenverantwortlich die Pausenverpflegung der Mitschüler organisiert sowie
- die modellhafte Integration von Schülern mit nichtdeutscher Muttersprache

„All diese Innovationen ... haben Ihnen im vergangenen Jahr den ersten Platz beim Innovationspreis für innere Schulentwicklung eingetragen. Auch

Wir gratulieren im Juli ...

... zum 80. Geburtstag

- Berger, Irene**, 02.07.
87719 Mindelheim, KV Allgäu
- Fraas, Gertraud**, 28.07.
95028 Hof, KV Ofr.-Nord-Ost
- Löwer, Kurt**, 27.07.
90491 Nürnberg, KV Nürnberg
- Rottegger, Anna**, 27.07.
84036 Landshut, KV Landshut
- Sontheimer, Franz-Xaver**, 09.07.
85072 Eichstätt, KV Obb.-Nordwest

... zum 75. Geburtstag

- Binapfl, Hans**, 26.07.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord
- Haider, Alfons**, 10.07.
85435 Erding, KV Obb.-Nordwest
- Kunzfeld, Ingeborg**, 11.07.
84048 Mainburg, KV Landshut
- Wendler, Helmut**, 14.07.
90542 Eckental,
KV Bamberg-Forchheim

... zum 70. Geburtstag

- Baldauf, Ulrike**, 07.07.
87435 Kempten, KV Allgäu
- Deufert, Günther**, 11.07.
97074 Würzburg, KV Würzburg
- Kössel, Gerda**, 28.07.
87509 Immenstadt, KV Allgäu
- Vogl, Eugen**, 25.07.
92637 Weiden, KV Opf.-Nord



OSTD Annemarie Harter freut sich über die hohe Auszeichnung durch Kultusministerin Monika Hohlmeier.

... zum 65. Geburtstag

Dr. Franz, Wilfried, 20.07.
90425 Nürnberg, KV Nürnberg
Günther, Wilhelm, 20.07.
86836 Obermeitingen,
KV Obb.-Südwest
Heinz, Gerhard, 23.07.
90763 Fürth, KV Nürnberg
Hies, Otto, 17.07.
86633 Neuburg, KV Obb.-Nordwest
Kern, Erwin, 13.07.
94121 Salzweg, KV Ndb.-Ost
Koch, Claus-Peter, 27.07.
90547 Stein, KV Nürnberg
Müller, Volker, 07.07.
93133 Burglengenfeld, KV Opf.-Nord

... zum 60. Geburtstag

Gentner, Rudolf, 09.07.
86687 Kaisheim, KV Nordschwaben
Glasbrenner, Margot, 08.07.
81247 München, KV Obb.-Nordwest
Hiebl, Karl, 29.07.
93413 Cham-Windischberge,
KV Donau-Wald
Höhne, Ulrich, 10.07.
86391 Stadtbergen, KV Augsburg
Hösl, Werner, 03.07.
95643 Tirschenreuth, KV Schwandorf
Kaiser, Gerhard, 31.07.
87674 Immenhofen, KV Allgäu
Kohl, Hanno, 06.07.
90571 Behringersdorf, KV Nürnberg
Krohe, Udo, 16.07.
86551 Aichach, KV Nordschwaben

Lubowski, Klaus-Peter, 23.07.
86459 Gessertshausen, KV Augsburg
Messmer, Franz, 24.07.
86687 Kaisheim, KV Nordschwaben
Meyer, Uwe, 12.07.
83317 Teisendorf, KV Traunstein BGL
Simlacher, Alfred, 09.07.
87435 Kempten, KV Allgäu
Thürauf, Manfred, 03.07.
91126 Schwabach, KV Mfr.-Süd
Wasmaier, Johann, 20.07.
84533 Markt, KV Altötting-Mühldorf
Weiß, Clemens, 14.07.
95369 Untersteinach, KV Ofr.-Nordost
Zimmermann, Klaus, 07.07.
93309 Kelheim, KV Landshut

In den Ruhestand sind gegangen ...

Nusser, Rudolf, KV Allgäu
Opetnik, Ernst, KV Rosenheim-Miesbach
Solfrank, Hans-Jürgen,
KV Amberg-Sulzbach
Stolzenberger, Hans, KV Nürnberg
Wanninger, Gabriele, KV Obb.-Nordwest

Wir trauern um ...

Maurer, Herbert, KV Würzburg (44)
Schöpka, Edith, KV Traunstein-BGL (82)
Steinkirchner, Dorothea,
KV Obb.-Nordwest (83)

Werkzeugmaschinen (CNC) begleiten den Unterrichtsablauf. Unsere Berufsschule ist ein Teil des Berufsbildungswerkes (BBW) mit Ausbildung, Internat und Fachdiensten. Die gesamte Ausbildung spielt sich unter einem Dach ab. Dadurch können wir täglich Kontakt zu den Schülern haben, was sich positiv auf den Unterricht auswirkt.“

„Also paradiesische Zustände?“
„Nein durchaus nicht. Unsere Schüler kommen mit wesentlich schlechteren Voraussetzungen zu uns. Mittlere Reife ist die Ausnahme, Abiturienten haben wir so gut wie nie. Dass unsere jungen Leute bei der Abschlussprüfung vor der IHK trotzdem im Durchschnitt der mittelfränkischen Berufsschulen liegen, ist auf die intensive Arbeit sowohl in den Klassen als auch durch enge Absprachen mit der Ausbildung, dem Internat und den Fachdiensten zu erklären. Dies verlangt von den Lehrkräften neben der Fachkompetenz ein hohes Maß an Sozial- und Methodenkompetenz verbunden mit der Bereitschaft, außerhalb der Unterrichtszeit in diversen Besprechungen mitzuwirken.“

„Was ist euer Ziel?“ „Unser Ziel ist es junge Menschen ganzheitlich zu fördern, zu unterstützen und zu eigenverantwortlichen Fachkräften auszubilden. Sie werden bei uns sowohl auf die spätere Arbeitswelt als auch auf ein selbstbestimmtes Leben vorbereitet. Mit vielfältigen Maßnahmen unterstützen wir unsere Schüler am Ende ihrer Ausbildungszeit bei ihren Bemühungen um einen Arbeitsplatz.“

„Welche Berufe können denn bei euch erlernt werden?“ „Ausgebildet wird in verschiedenen kaufmännischen und gewerblich-technischen Berufen. Das Ausbildungsangebot umfasst u. a. den Bürokaufmann, den Kaufmann für Bürokommunikation im kaufmännischen Bereich sowie den Industriemechaniker, Industrieelektroniker und den Technischen Zeichner im gewerblich-technischen Bereich. Ergänzt wird dieses Angebot durch spezielle Berufe für Behinderte nach dem § 48 BBiG. Dies sind die Bürokraft, der Industriefachhelfer, der Metallfeinbearbeiter und der Elektriker.“

Institutionen

Berufliche Schulen, die nicht jeder kennt:

Berufsschule K in Rummelsberg

UTE FINDER

Bei Veranstaltungen des VLB werde ich oft von Kollegen anderer Berufsschulen angesprochen: „Arbeitest du überhaupt an einer richtigen Berufsschule?“ Die Antwort darauf lautet: „Natürlich, denn wir beschulen unsere jungen Leute nach staatlichen Lehr-

plänen, sie machen die gleiche Abschlussprüfung vor der Industrie- und Handelskammer (IHK) wie jeder andere Berufsschüler auch.“

Darauf folgt meist die nächste Frage: „Wodurch unterscheidet ihr euch dann von den Regelberufsschulen?“ „Wir haben Klassenstärken mit durchschnittlich zwölf Schülern, auf die individueller eingegangen werden kann. Modernste technische Ausstattung wie EDV-Anlagen in den Klassenzimmern, CAD-unterstütztes Zeichnen, speicherprogrammierbare Steuerungen (SPS) und rechnergesteuerte



Schüler des BBW lassen „ihre“ Schule hochleben.

„Wie viele junge Leute bildet ihr denn aus und welche Behinderungen haben sie denn?“ „Ca. 330 junge Menschen mit Behinderungen wie spastische Lähmung, Anfallsleiden / Epilepsie, Hüft- und Wirbelsäulenerkrankung, hirnorganische Erkrankung, Muskelerkrankung, Rheuma, Asthma, Neurodermitis, Querschnittslähmung, multiple Unfallfolgen, Lernbehinderung und -beeinträchtigung und psychische Erkrankung leben und arbeiten im BBW unter einem Dach.“

„Wer kommt für die Finanzierung der Ausbildung auf?“ „Kosten der Maßnahme und Ausbildungsgeld übernimmt in der Regel das Heimat- arbeitsamt oder ein anderer Reha-Träger. Voraussetzung für die Aufnahme in das BBW ist die Kostenzusage dieser Institutionen. Ein bisschen Stolz sind wir auch darauf, dass das BBW seit 1999 nach DIN EN ISO 9001 2000 zertifiziert ist. Die Berufs-

schule wurde auch auf den Prüfstand gestellt und hat sich auditieren lassen. Alle unsere Leistungen unterliegen deshalb einem permanenten internen und externen Qualitätsmanagement.“

„Wie groß ist eigentlich euer Kollegium?“ „Ein kleines überschaubares Kollegium von 24 Lehrern im gehobenen und höheren Dienst bietet die Bedingungen für einen regen Erfahrungsaustausch über die in einer Klasse anstehenden Probleme sowie über grundsätzliche pädagogische Themen. Die meisten von uns sind staatliche (Berufsschul-) Lehrer, die dem privaten Träger zugeordnet sind. Das Klassleiterprinzip wird angestrebt und weitgehend eingehalten. Dadurch wird gewährleistet, dass die individuelle Schülerpersönlichkeit dem Klassenlehrer besonders gut bekannt ist, wodurch eine intensive pädagogische Förderung möglich ist. Ferner erleichtert es die Umsetzung eines fächerübergreifen-

den und handlungsorientierten Unterrichtes.“

„Braucht ihr neben Studium und Referendariat eine weitere zusätzliche Qualifikation, um mit Behinderten arbeiten zu können?“ „Nein, aber neben einem hohen Engagement für unsere Schüler ermöglicht und fördert die Schulleitung interne und externe Fortbildungen, wie z. B. zu einzelnen Behinderungsbildern.“

„Hast du es schon mal bereut, als Diplom-Handelslehrer an einer Berufsschule für Behinderte zu arbeiten?“ „Um ganz ehrlich zu sein: nein. Ich könnte mir nicht mehr vorstellen an einer Regelberufsschule mit einer durchschnittlichen Klassenstärke von 25 bis 30 Schülern zu arbeiten. Meine Arbeit in den Prüfungsausschüssen der IHK und regelmäßige Betriebsbesichtigungen ermöglichen mir auch einen permanenten Kontakt zur Wirtschaft. Außerdem freue ich mich immer sehr, wenn ich bei Veranstaltungen des VLB meine ehemaligen Studienkollegen und auch Kollegen aus Regelberufsschulen treffe, um mit ihnen Erfahrungen auszutauschen. Eines muss ich abschließend auch ganz klar sagen: „Unsere Behinderten haben die gleichen Dummheiten und Flausen im Kopf wie die Schüler an anderen Berufsschulen.“ *Ute Finder*



Unterrichtsaltag wie an jeder anderen Berufsschule.

VLB-Mitgliederservice

Digitalkamera-Aktion läuft weiter

Alle näheren Informationen finden Sie unter:
www.vlb-bayern.de
 oder VLB-akzente,
 Heft 05/2004, Seite 25

Termine

Termin zum Vormerken:

Intensivbehandlung für Lehrer mit Stimmstörungen

Zielgruppe: Lehrer und Personen aus Sprechberufen mit Stimmproblemen und Stimmstörungen

Teilnehmer: maximal 8 Teilnehmer

Termin: 12. bis 23. Juli 2004
(Anreise 11. Juli 2003)

Veranstalter: SBBZ Coburg,
Schloss Hohenfels
96450 Coburg

Kosten: Krankenkassen und Beihilfe übernehmen bei ärztlicher Verordnung die Behandlungskosten.

Durchführung: eingehende Beratung und Einzel- sowie Gruppenbehandlungen durch qualifizierte Stimmtherapeuten (Atemschulung, Stimmtonspannung bzw. Stimmkräftigung, Entwicklung einer wieder belastbaren Stimme), Rhetorik und Gymnastik

Nähere Informationen: SBBZ Coburg sowie Medau-Schule Coburg, Schloss Hohenfels, 96450 Coburg, Dr. Klaus Rothlauf, Telefon (0 95 61) 23 51 11.

Die KfW stellt Merkblätter zur Erläuterung der entsprechenden Förderprogramme zur Verfügung. Diese sind auf den Internetseiten der KfW erhältlich.

Wichtig ist die Antragstellung vor Beginn des Bauvorhabens. Weitere Informationen zur KfW-Förderung sowie anderen Förderprogrammen (Bundesländer, Baufinanzierer, Energieversorger etc. sind unter folgenden Internetadressen erhältlich: www.foerderdata.de

Grundvoraussetzung zur Einhaltung der Fördergrenzen ist ein lückenloser baulicher Wärmeschutz, der sich sowohl mit einschaligen als auch mit zweischaligen KS-Konstruktionen bei moderaten Wanddicken wirtschaftlich ausführen lässt. Durch die außenliegende Dämmschicht lassen sich Wärmebrücken in der Gebäudehülle sicher vermeiden.

Die Verwirklichung eines minimalen Energieverbrauchs setzt sorgfältige Planung und Ausführung voraus.

Für Sie persönlich

Staatliche Bauförderung

Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) fördert Investitionen zur Errichtung von Energiesparhäusern. Die Förderung wird als zinsgünstiges Darlehen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren und max. fünf tilgungsfreien Anlaufjahren gewährt und ist für private Investoren über die Hausbank oder Sparkasse erhältlich.

Energiesparhäuser 60 werden über das KfW-Programm zur CO₂-Minderung mit einem Darlehensbetrag von 30.000 Euro je Wohneinheit gefördert. Die Förderung für Energiesparhäuser 40 und Passivhäuser erfolgt über das besonders zinsgünstige KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm mit einem zinsgünstigen Darlehen in Höhe von 50.000 Euro je Wohneinheit. Gegenüber einer üblichen Finanzierung spart der Bauherr aufgrund des Zinsvorteils bei diesem Förder-

programm bis zu 9.000 Euro. Die Klassifizierung in Energiesparhäuser 60 bzw. 40 erfolgt nach dem rechnerischen Jahresprimärenergieverbrauch. Es muss nachgewiesen werden, dass unter den Randbedingungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) der rechnerische Jahresprimärenergiebedarf der Energiesparhäuser vorh. $Q_p = 60$ bzw. $40 \text{ kWh}/(\text{m}^2\text{a})$ nicht übersteigt. Zusätzlich ist nachzuweisen, dass die Anforderungen der EnEV an den baulichen Wärmeschutz (Anforderungsgröße spezifischer Transmissionswärmeverlust H_T') um mindestens 30 % für das Energiesparhaus 60 bzw. um mindestens 45 % für das Energiesparhaus 40 unterschritten werden müssen. Dieser Nachweis kann mit dem KS-EnEV-Nachweisprogramm unter www.kalksandstein.de erfolgen.

Passivhäuser werden als Energiesparhaus 40 gefördert, wenn zusätzlich nachgewiesen wird, dass der Jahresheizwärmebedarf nicht mehr als $Q_h = 15 \text{ kWh}/(\text{m}^2\text{a})$ beträgt.

KfW-Wohneigentumsprogramm (Nr. 124, 126)

Die KfW fördert alle Privatpersonen, die selbstgenutztes Wohneigentum (Eigenheim, Eigentumswohnung) erwerben, zusätzlich und unabhängig von energetischen Anforderungen mit zinsgünstigen Darlehen.

Die maximale Kreditlaufzeit beträgt 30 Jahre bei mindestens einem und höchstens fünf tilgungsfreien Anlaufjahren. Der maximale Finanzierungsanteil beträgt bis zu 30 % der angemessenen Gesamtkosten (maximal 100.000 Euro). Der Antrag ist vor Beginn des Bauvorhabens, bei Kauf spätestens unmittelbar nach Abschluss des notariellen Kaufvertrages, bei der Hausbank zu stellen.

Die aktuellen Zinssätze können jederzeit bei der KfW abgefragt werden: Telefon: 069/74 31-39 00 Telefax: 069/74 31-42 14 oder www.kfw.de

Unser Tipp

Fragen Sie nach zusätzlichen städtischen Fördermöglichkeiten, wie z. B. für junge Familien, kostengünstige Eigenheime, Solartechnologie und Energiesparhäuser!

Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



**Kompetenz und Erfahrung
Versicherungs
Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

z.B. Versicherungen rund um den Urlaub

- Auslandsreisekrankenversicherung
- Unfallversicherungen

Versicherungen rund um die Familie

- Hausratversicherungen
- Rechtsschutzversicherungen
- Gebäudeversicherungen
(Sonderprämien für Senioren)

Kurzübersicht über die Förderbedingungen der KfW

Geförderter Energiestand	Voraussetzungen	Zinsgünstiger Darlehensbetrag
Energiesparhaus 60 KfW Programm zur und CO ₂ -Minderung, Programm-Nr. 123	vorh. $Q_p' \leq 60 \text{ kWh}/(\text{m}^2\text{a})$ und vorh. $HT' \leq 0,70 \times \text{zul. } H_T'$ (nach EnEV)	max. 30.000 Euro
Energiesparhaus 40 KfW-CO ₂ -Gebäude- sanierungsprogramm Programm-Nr. 130/132	vorh. $Q_p' \leq 40 \text{ kWh}/(\text{m}^2\text{a})$ und vorh. $HT' \leq 0,55 \times \text{zul. } H_T'$ (nach EnEV)	max. 50.000 Euro
Passivhaus KfW-CO ₂ -Gebäude- sanierungsprogramm Programm-Nr. 130/132	vorh. $Q_p' \leq 40 \text{ kWh}/(\text{m}^2\text{a})$ vorh. $Q_p' \leq 15 \text{ kWh}/(\text{m}^2\text{a})$	max. 50.000 Euro

Unter www.foerderdata.de ist im Internet eine kostenlose Fördermitteldatenbank (ca. 5.000 Förderprogramme von Städten, Landkreisen, Energiever-

sorgern, Ländern, Bund) zugänglich. Das Programm ermöglicht eine individuelle Ermittlung der in Frage kommenden Fördermaßnahmen.

Hinweis: Die Kombination von KfW-Förderprogrammen untereinander und mit anderen öffentlichen Mitteln (z. B. Förderung von Solaranlagen) ist uneingeschränkt möglich.

Beispiel: Für den Bau eines selbstgenutzten Einfamilienhauses im Wert von 180.000 Euro beantragt Familie Klein bei der Hausbank Mittel aus dem KfW-Wohnungseigentumsprogramm. Maximal kann Familie Klein aus diesem Programm ein zinsgünstiges Darlehen in Höhe von 54.000 Euro (30 % der Gesamtkosten) erhalten. Da der Bau eines KfW-Energiesparhauses 40 geplant ist, beantragen Kleins zusätzlich aus dem KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ein besonders zinsgünstiges Darlehen von 50.000 Euro.

Vermischtes

KV Nordschwaben Unterwegs in Sachsen

Wir Bayern sind stolz auf unseren Freistaat. Was aber „Freistaat“ eigentlich bedeutet, wird oft sehr ungenau mit „mir san mir“ umschrieben. So tut es manchmal ganz gut, Argumentationen anderer Freistaaten zu erfahren, beispielsweise der Sachsen im dortigen Freistaat. Also fuhr der Kreisverband Nordschwaben zu seiner dreitägigen Jahresfahrt diesmal nach Dresden. In Freital, einem Vorort von Dresden fanden wir – 43 Mitfahrer – eine strategisch günstig gelegene und dabei, mit 20 Euro/Übernachtung incl. opulentem Frühstück, günstige Übernachtungsmöglichkeit.

Um es gleich zu sagen: Die Sachsen sind überall die Besten. Dies gilt allerdings nur für die „echten“ Sachsen, nicht für die Fußkranken, die bei der Völkerwanderung anhalten mussten (Sachsen-Anhalt) oder gar für die „schlechten“ Sachsen, eben die niederen, die Niedersachsen! Schon bei der nächtlichen Bootsfahrt auf der Elbe war man an den Lichterglanz des nächtlichen Paris erinnert – auch wenn es nicht Elb-Paris sondern Elb-Florenz heißt. Die Sachsen haben alle wichtigen Dinge erfunden: den Schrebergarten, den Bierdeckel. Sie sind allen leiblichen Freuden zugetan, selbst



Die schwäbischen „Freistaatler“ beim Gruppenbild in Dresden.

wenn es eine Verleumdung ist, dass August der Starke 365 Kinder gezeugt haben soll (es waren nur neun!). Ja, die Sachsen nennen ihr Bundesland sogar das „Kuchenland“, denn nirgends wird so gern so guter Kuchen gemacht und gegessen wie hier. Und dass in Sachsen „Bliemchenkaffee“ getrunken würde, beruht auf Unverstand, denn nicht der Kaffee ist so dünn, dass man die Blümchen auf dem Grund der Meissner Porzellantasse sehen kann, sondern die Geheimglasur der Porzellanmanufaktur lässt das Dekor so stark leuchten, dass man sie sogar durch den stärksten Kaffee hindurch sehen kann. Übrigens, die multimediale Führung durch die Manufaktur ließ uns erkennen, warum die Porzellane so teuer verkauft werden: es ist immer noch jede Menge Handarbeit dabei. Heuer nicht und erst recht nicht in Zukunft reicht das Weihnachtsgeld für ein hübsches Service: erhältlich ab 3500 Euro für sechs Personen.

Sachsen ist auch Bierland. Jedenfalls trinken die Sachsen lieber Bier als ihren Wein von den Dresdner Elbhängen. Den überlassen sie lieber den Touristen für teuer Geld zum Kauf. Dafür gibt es sogar ein schwarzes Bier, den „schwarzen Steiger“ und natürlich das Pils der Radeberger Brauerei, die uns in ihrer Werbung die Semperoper zu der Musik des Tannhäuser in strahlendem Jubilo zeigt. Dorthin mussten wir natürlich auch. Und wie es der Zufall so will, wurde ausgerech-

net bei unserem Besuch ein weltberühmtes Stück über unseren „Kini“, Ludwig II., gegeben – das Ballett „Illusionen – wie Schwanensee“ von John Neumeier mit der Musik von Tschaiakowsky. Wer weiß denn schon von den inneren Analogien in Schicksal und psychischer Situation Tschaiakowskys, Ludwigs II. und Siegfrieds, des „Schwanensee“ – Prinzen. Die Choreographie des Amerikaners John Neumeier bringt diese unerwartete Verwandtschaft zum Ausdruck. Man muss halt doch manchmal über die Landesgrenzen hinaus! Der wundervolle Eindruck der Semperoper wurde nur dadurch relativiert, dass man mehr den Hinterkopf seines Vordermannes studieren als auf die Bühne sehen konnte. Unsere Stadtführerin wies extra noch einmal darauf hin, dass die Radeberger Brauerei nicht gleich hinter der Semperoper zu finden ist – das muss einem ja auch einmal gesagt werden! Nach der Oper empfiehlt sich natürlich ein Besuch in einem der vielen netten Lokale im Umfeld, um sich auch körperlich zu stärken. Besonders empfehlenswert ist der Besuch im „Italienischen Dörfchen“ gleich neben der Semperoper, wo nicht nur gutes Essen und Trinken zu günstigen Preisen erhältlich ist, sondern es auch ein Dekors zu bestaunen gibt, der einen beim Essen auch die Seele weitet.

Überhaupt die Bauerei in Dresden: Im Oktober 2004 wird die Renovierung der Frauenkirche abgeschlossen

sein; schon jetzt fallen die meisten Gerüste. Das Stadtschloss, welches dank des Traditionsverständnisses und der Sturheit der Bewohner Dresdens als einziges in der DDR nicht dem Erdboden gleichgemacht wurde, wird als nächstes nach und nach wieder hergestellt – und es gehört einfach zu dem Gebäudeensemble in Dresden Mitte dazu, zu Zwinger, Dom, Brühlsche Terrassen! Man kann übrigens auch selbst Immobilienbesitzer in Dresden werden: Auf dem Hochufer der Elbe steht ein Schlösschen zum Verkauf. Mit acht Millionen sind Sie dabei, Sie brauchen nur noch weitere zwölf zur Renovierung. Auch hierin sind die Sachsen herausragend.

Alles Schlechte, das weiß der Sachse, kommt von außerhalb Sachsens. So kam z. B. Honecker aus Wiebelskirchen im Saarland und auch der Architekt der neuen Synagoge, einer Scheußlichkeit par excellence, ist kein Sachse.

Zu einem Lehrerausflug gehört natürlich auch eine Schulbesichtigung. Das Berufliche Schulzentrum für Technik und Wirtschaft in Freital wurde 1998 erbaut, wodurch die Zersplitterung auf 17 Außenstellen beseitigt wurde. Zu DDR-Zeiten gab es drei Berufsschulen, je eine für Polsterer, für Edelmetallberufe und für sonstige Nischenberufe. Heute werden auch noch Polsterer beschult, sie kommen aber aus dem gesamten Sachsen. Das Schulsystem ist eins zu eins von Baden-Württemberg übernommen worden, eine Mitgift von „König Kurt“ Biedenkopf, der ja gebürtiger Ludwigshafener ist. Dass hier das bayerische Schulsystem nicht zum Zuge gekommen ist, stieß uns natürlich etwas sauer auf. Wir appellierten an den Kollegen vom sächsischen Berufsschullehrerverband, sich für die Einführung der in Bayern so erfolgreichen BOS einzusetzen, damit Sachsen auch hierin zur Elite gehört. Mit Wohlwollen registrierten wir, dass auch in Sachsen die Lehrer in den Ferien in ihrer Schule anzutreffen sind. Das ist halt so in einem Freistaat, auch wenn die Lehrer in Sachsen alle keine Beamten, sondern Angestellte sind.

An Ihrer Gesundheit sollte nicht gespart werden!



Egal ob Sie gesetzlich versichert oder beihilfeberechtigt sind, die Kostenbeteiligung der Patienten steigt. Private Vorsorge wird immer wichtiger.

Seit Jahren bietet die Debeka sowohl Beamten als auch gesetzlich Krankenversicherten vielfältige Versicherungsmöglichkeiten, individuell abgestimmt auf den persönlichen Bedarf.

Möchten auch Sie von den hohen Leistungen und günstigen Beiträgen profitieren? Dann entscheiden Sie jetzt über Ihre persönliche Krankheitsvorsorge und sprechen Sie mit uns. Wir unterbreiten Ihnen einen Versorgungsvorschlag.

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.
Mit Sicherheit zu Ihrem Vorteil.

Landesgeschäftsstellen in Bayern: München, Damenstiftstraße 9, 80308 München, Telefon (089) 23 50 10;
Nürnberg, Marienstraße 27, 90402 Nürnberg, Telefon (09 11) 23 20 40

Die Debeka-Gruppe –
überzeugende
Testergebnisse!

Capital

4/04, 1/04, 25/03

FINANZtest

12/03, 11/03, 10/03

Mit der Erkenntnis, dass „Freistaat“ vielleicht doch etwas mit besonderer Qualität – und nicht nur mit dem „mir san mir“-Gefühl zu tun hat, traten wir recht befriedigt unsere Heimreise an.

Bei der nächsten Reise im Herbst des Jahres wollen wir vom Kreisverband aus dann Prag und eine Berufsschule bei Pilsen besuchen.

Barbara Dilberowic/Bernhard Urban

Lauer und Erlanger Berufsschullehrer trafen in Atlanta den Bush-Herausforderer:

Shakehands mit John Kerry

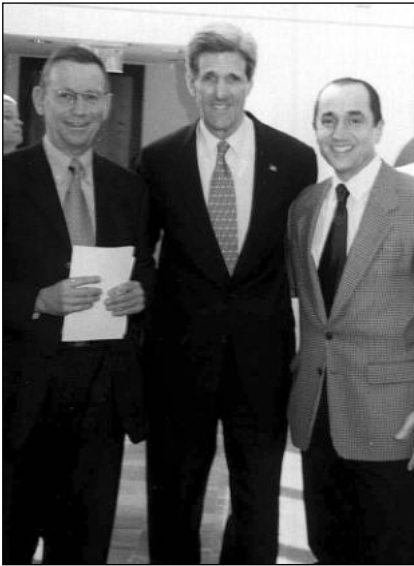
Eine Begegnung der besonderen und wohl selteneren Art hatten die Lehrkräfte der Berufsschulen Lauf und Erlangen Christian Schmidt, Jutta Krauß und Klaus Dyroff anlässlich einer

Fortbildungsreise für Lehrer der Fachrichtungen Englisch, Geschichte und Sozialkunde in die USA. Themen waren u. a. das Bildungs- und Schulsystem, die politischen Parteien, der Wahlkampf in den USA sowie die Rolle der Kirche und die Bürgerrechtsbewegung. Und dabei habe man feststellen können, dass viele Dinge in Good Old Germany gar nicht so schlecht sind wie sie manchmal dargestellt würden.

Im Rahmen dieser Fortbildung im Bundesstaat Georgia trafen sie dann auch Senator John Kerry und haben dabei die Hand des möglicherweise künftigen mächtigsten Mannes der Welt geschüttelt.

Bei dem zufälligen Treffen am Rande eines Gottesdienstes in der „Ebenezer Baptist Church“ von Atlanta (Kirche von Martin Luther King) konnten die Franken ein kurzes Ge-

spräch mit dem US-Präsidentschaftskandidaten der Demokraten führen und ihm alles Gute für die bevorstehenden Wahlen wünschen. Kerry bedankte sich mit einem Gruppenbild, das ihn mit Schmidt und Dyroff zeigt. An diesem Gottesdienst nahmen mit der Witwe des ermordeten Friedensnobelpreisträgers und Bürgerrechtlers Martin Luther King, Coretta Scott King, und seiner Schwester, Christine King Farris, weitere prominente Personen teil. Zwar war der Lehrergruppe aus Bayern und Thüringen bekannt, dass Senator John Kerry im Rahmen seines Wahlkampfes zu den Vorwahlen in Atlanta war, doch schien es unmöglich, ihn zu Gesicht zu bekommen, da er sehr stark abgeschirmt wurde. Umso überraschender kam die Begegnung mit ihm in Atlantas bekanntester Kirche zustande, als sich die Kollegen zu einem Gospel-Gottes-



Das Bild zeigt VLB-Mitglied Christian Schmidt (links) und Klaus Dyroff (rechts) mit dem Präsidentschaftskandidaten der Demokraten, John Kerry.

dienst ebenfalls, auf Einladung der Kirchengemeinde, dort aufhielten. In dem anschließenden kurzen Gespräch mit Kerry erkundigte sich dieser nach Programm und Inhalt der Fortbildungsreise und gab an, dass er die Region, aus der Schmidt, Krauß und Dyroff kommen, sehr wohl kenne. Kerry verbrachte schließlich einige Zeit in einer Schweizer Schule und spricht fließend Französisch.

Kerry wirkt „sehr sympathisch und nimmt sich viel Zeit – auch zum Smalltalk“ und es war beobachtbar, dass der Bush-Herausforderer sich offensichtlich wirklich für die vielen Anliegen, die an ihn herangetragen werden, interessiert.

Der Herausforderer bedankte sich bei Schmidt und seinen Begleitern für die Aufmerksamkeit, die ihm in Deutschland von vielen geschenkt wird, wie auch für die guten Wünsche.

Daumendrücken für die Kandidatur

VLB-Mitglied Christian Schmidt sagte, er drücke ihm die Daumen für die bevorstehenden Vorwahlen am „Super Tuesday“ (den Kerry ja souverän gewann) sowie die Präsidentschaftswahlen im November und sagte, er sei sicher, die Hände des künftigen Präsidenten geschüttelt zu haben. „Thank

you very much, I really appreciate it. Good-bye, my German friends“ antwortete Kerry und eilte davon, umgeben von seinen Bodyguards.

Christian Schmidt

Bücher / Medien

Titel: Das Konditorbuch – Grund- und Fachstufe

Autor: Josef Loderbauer

Verlag: Handwerk und Technik, Hamburg

ISBN-Nr.: 3.582.40203.7

Rezensent: Reinhard Küffner

Pünktlich zur Neuordnung des Berufs der Konditorin/des Konditors, die einen grundsätzlich neu gestalteten Rahmenlehrplan auf Bundesebene zur Folge hatte, kam oben genannte Neuerscheinung auf den Markt. Innerhalb der sehr engen Gestaltungsmöglichkeiten der Bundesländer wurde zu Beginn des Schuljahres 2003/2004 ein neuer Lehrplan auch für Bayern umgesetzt. Wie in vielen anderen Berufen, wurde auch bei den Konditorinnen/Konditoren der Rahmenlehrplan in Lernfelder unterteilt, die dann völlig neuen Fächerbezeichnungen wie z. B. „Marketing und Verkauf“ zugeordnet werden.

Josef Loderbauer hat sein Fachbuch chronologisch nach den 14 im Rahmenlehrplan vorgegebenen Lernfelder aufgebaut, wobei er auch die in Bayern wegen der verkürzten Ausbildungsanteile in der Berufsschule ersatzlos gestrichenen an ursprünglicher Stelle beibehalten hat. Innerhalb eines jeden Lernfeldes sind die anfallenden Lerninhalte ausführlich behandelt und übersichtlich dargestellt. Besonders hervorzuheben sind die grafische Gestaltung, verbunden mit vielen Bildern von Arbeitsabläufen, Gebäcken und Erzeugnissen, die vielen Grundrezepte zur selbständigen Arbeit der Schüler/innen und die Einbeziehung fachmathematischer Aufgaben innerhalb der einzelnen Themengebiete. Das neu aufgelegte Buch ist einerseits

eine Hilfe für alle Lehrkräfte, weil darin versucht wird, die Lernfeldproblematik fachgerecht umzusetzen und andererseits für die Auszubildenden ein sehr informatives Nachschlagewerk, vor allem wenn man daran denkt, dass immer mehr Betriebe sich spezialisieren und die gesamte Bandbreite der Konditorei nur noch selten in einem Ausbildungsbetrieb vorzufinden ist.

Titel: Psychosomatische Erkrankungen bei Lehrerinnen und Lehrern.

Ursachen-Folgen-Lösungen

Autor: Hillert, A. und Schmitz, E. (Hrsg.)

Verlag: Schattauer, Stuttgart, 2004, Preis 39,95 Euro

ISBN-Nr.: 3-7945-2259-1

Rezensent: Dr. Klaus Hermann

Über 90 % der Lehrerinnen und Lehrer scheiden vorzeitig aus ihrem Beruf aus, die meisten davon aus medizinischen Gründen und davon wiederum bis zu 50 % aufgrund psychosomatischer oder psychiatrischer Erkrankungen. Vor diesem Hintergrund haben Andreas Hillert und Edgar Schmitz einen in vier Abschnitte gegliederten Sammelband herausgegeben. Sein Inhalt kann mit den Stichpunkten Lehrerbelastung, Evaluation, System Schule und Prävention/Therapie umrissen werden.

Im ersten Teil werden die aktuelle Situation, der Forschungsstand und Konzepte bei psychosomatischen Erkrankungen aufgezeigt. Die Beiträge behandeln sowohl das Burnout-Syndrom als auch das Konzept der inneren Kündigung. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit den Belastungsmustern bei psychosomatisch erkrankten Lehrerinnen und Lehrern. Die Beiträge des dritten Teils geben Auskunft über die Rolle der Schulleitung und des Kollegiums angesichts psychosomatisch Erkrankter und über soziale Netzwerke sowie ihre Bedeutung bei der Bewältigung schulischer Belastungen. Abgerundet wird die Liste der Beiträge durch den vierten Abschnitt, der schwerpunktmäßig sowohl auf die präventiven Maßnah-

men, wie zum Beispiel Stress- und Zeitmanagement sowie Supervision, als auch auf die symptombezogene Behandlungspraxis eingeht.

Grundsätzlich gelingt es den Autoren des umfangreichen, übersichtlich gegliederten und vom Layout her sehr ansprechenden Sammelbandes durch ein weit gefächertes Herangehen an die Thematik das Problem aus dem Blickwinkel unterschiedlicher Disziplinen zu beleuchten. Das Anliegen der Herausgeber ist es, die Problematik von psychisch und somatisch erkrankten Lehrerinnen und Lehrern, die bisher aus verschiedenen Standpunkten und Methoden dargestellt wurde, in einer Gesamtschau zusammenzufügen und eine Standortbestimmung zu geben. Dabei untersuchen die Autoren Ursachen und Folgen und sind gleichzeitig um praktikable Lösungen bemüht. Um der Gesamtproblematik auch nur ansatzweise gerecht zu werden, war eine interdisziplinäre Kommunikation notwendig.

Hervorzuheben sind der systematische und sachlogische Aufbau und die große Auswahl an spezifischer Literatur sowie ein umfangreiches Sachverzeichnis. Adressaten dieses Buches sind neben Psychologen und psychotherapeutisch tätigen Ärzten alle im Bereich der Schulpolitik engagierten Personen und Institutionen, insbesondere Kultusministerien und Schulaufsichtsbehörden sowie Schulleitungen und natürlich die Betroffenen selbst.

Titel: Aschkenas – Zur jüdischen Geschichte Deutschlands

Verlag: Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2004

ISBN-Nr.: ISBN 3-87920-790-9

Preis: Einzelheft: 8,80; Fortsetzungsbezugspreis: 7,80 Euro; Klassensatzpreis ab 10 gleichen Expl.: 5,50 Euro.

Rezensent: Peter Thiel

„Juden in Deutschland“ – dieses Thema wird in Schule und Unterricht häufig nur im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus behandelt. Dabei lässt sich die Geschichte der Juden in Deutschland nicht darauf einengen. Juden leben seit über tausend Jahren

in Mitteleuropa. Dabei u. a. das aschkenasische Judentum, auf das ein Großteil der heutigen Juden zurückgeht. Das biblische Wort „Aschkenas“ wurde in der hebräischen Literatur seit dem 11. Jahrhundert für die Juden verwendet.

Der Wochenschau Verlag bietet in seiner Reihe „Geschichte aus erster Hand“ ein Quellenheft mit dem Titel Aschkenas an. Darin ist die Geschichte der Juden Deutschlands für den Unterricht aufbereitet. Sie war über weite Strecken eine Geschichte der Ausgrenzung, Herabsetzung und Verfolgung. Im Quellenheft werden u. a. die Beiträge des aschkenasischen Judentums zur Entwicklung der jüdischen Kultur beleuchtet: die nach den Kreuzzügen entwickelte Märtyreriologie, die mystische Religiosität der „Frommen von Aschkenas“ sowie die besonderen Bräuche der mitteleuropäischen Juden.

Anhand der deutschen Landjuden wird der Alltag in der Neuzeit beschrieben. Es geht um die sog. Hofjuden und um die Pionierfunktion der deutschsprachigen Juden in der Auseinandersetzung mit der Moderne. Die Debatte zwischen Zionisten und Anhängern des „Centralvereins“ wird durch Quellen veranschaulicht. Durch Überlebende dargestellt sind auch die Schoah und der Wiederaufbau nach 45. Eine Zeittafel und Literaturhinweise runden die Darstellung ab.

Titel: Grundstufe und Fachstufen Dachdecker

Autoren: Batran u. a.

Verlag: Verlag Handwerk und Technik, Hamburg

ISBN-Nr.: 3-582-03550-6, 47,80 Euro

Rezensent: Lotar Wagner

Das Lehrbuch für die Dachdeckerausbildung ist in bekannt guter inhaltlicher Qualität im Verlag Handwerk und Technik in Hamburg erschienen und orientiert sich an der Lernfeldkonzeption des Rahmenlehrplanes. Änderungen in den Fachregeln des ZVDH und in der Normung wurden eingearbeitet. Das Buch umfasst die Lernfelder der Grundstufe und die

Autorenverzeichnis

Bosch, Hansjörg

VLB-Referent FOS/BOS
W.-Pirckheimer-Str. 17,
90562 Heroldsberg, Tel.: 0911 - 74 31 93

Dr. Demmel, Walter

Grandauer Str. 71, 80997 München,
Tel.: 089 - 8 12 30 72

Finder, Ute

BSK, Rummelsberg 74,
90592 Schwarzenbruck,
Tel.: 09128 - 50 37 51

Preissl, Hans

BS, Am Fernsehturm 1,
94036 Passau, Tel.: 0851 - 9 59 13 00

Sauerwein, Hermann

VLB-Landesvorsitzender
Walter-von-der-Vogelweide-Str. 22,
97074 Würzburg, Tel.: 0931 - 8 12 10

Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter
Weitlstr. 66, 80935 München,
Tel.: 089 - 3858 40 84

Seifried, Jürgen/Sembill, Detlef

Kapuzinerstr. 25, 96045 Bamberg,
Tel.: 0951 - 8 63 27 61

Zöller, Arnulf

ISB, Arabellastr. 1, 81925 München,
Tel.: 089 - 92 14 21 83

Lernfelder des 2. und 3. Ausbildungsjahres. Die lernfeldübergreifenden Inhalte wie umweltbewusstes Bauen, Bauphysik, Arbeitssicherheit, Gerüste und Absturzsicherungen sind gründlich bearbeitet und im Anhang zusammengefasst.

Den Lernfeldern sind jeweils Projektaufgaben vorangestellt, die den Schülern den Bezug zu konkreten beruflichen Aufgabenstellungen und Handlungen verdeutlichen sollen. Entsprechend den Lehrplanvorgaben werden in jedem Lernfeld die notwendigen technologischen, mathematischen und zeichnerischen Inhalte vermittelt. Eine umfangreiche Aufgabensammlung zu jedem Lernfeld dient der Lernsicherung und ermöglicht ein selbstständiges und eigenverantwortliches Lernen.

VLB Verlag e.V.,
Dachauer Straße 4
80335 München

B 05130, PVSt,
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt



Titelblatt des Flyers mit dem die TU München zu ihrer Festveranstaltung einlädt.

Seit 40 Jahren engagiert sich die TU München in Sachen Lehrerbildung. Dies ist der Anlass für ihre große

Jubiläumsveranstaltung im Auditorium Maximum am 1. Juli 2004.

Redner sind u.a.

Prof. Dr. Dr. hc mult. Wolfgang A. Hermann, Präsident der TUM,
Prof. Dr. Wilfried Huber, Direktor des Zentralinstituts für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung an der TU München,
Prof. Dr. Erich Thies, Generalsekretär der KMK,
Prof. Dr. Andreas Schelten und Dr. Karl Glögger, beide TU München.

Zum Thema „Zukunft der Lehrerbildung in Deutschland“ findet am Nachmittag in prominenter Besetzung eine

Podiumsdiskussion

statt, bei der auch der VLB durch Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein vertreten ist. Die TU München lädt interessierte Kolleginnen und Kollegen ganz herzlich zu dieser Festveranstaltung ein.